

Preis: 25 Schilling / 3,50 DM
Solidaritätspreis: 35 Schilling

DIE EINHEIT

Gegenwehr ★ Solidarität ★ Sozialismus

SOV

Gewerkschaftszeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts Frühling 97 / Nr. 6

Vorsicht Flexibilisierung

Die "Sozialpartner" ÖGB-Führung und Wirtschaftskammer einigten sich Mitte Februar 1997 auf die konkrete Flexibilisierung der Arbeitszeit. Einen Monat später verabschiedete der Nationalrat mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP ein dementsprechendes Gesetzeswerk. Besonders auffällig dabei ist, daß die Erlaubnis zur Sonntagsarbeit jetzt bei der Zustimmung der "Sozialpartner", also im wesentlichen bei der ÖGB-Führung, liegt.

Thomas Kerschbaum

Personalvertreter, GdG-Mitglied

Durch dieses Abkommen über die Arbeitszeit-Flexibilisierung kann es nun auch zur Einführung einer 50-Stunden-Woche und eines 10-Stunden-Tages kommen. Die ÖGB-Führung gibt vor, daß durch die Flexibilisierung der Arbeitszeit eigentlich die Position der Gewerkschaften und der Beschäftigten verbessert wurden: weil der Wirtschaftsstandort Österreich gesichert wird, weil die ArbeitnehmerInnen auch etwas davon haben und weil der ÖGB überall eingebunden ist. Der Vorsitzende der Gewerkschaft MBE, Nürnberger, bejubelt die Flexibilisierung als "notwendigen Schritt, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und Arbeitsplätze zu sichern". Alle reden über die "Globalisierungsfalle" und die ÖGB-Führung tappt blindlings hin-

ein. Die SPÖ- und ÖGB-Führung akzeptieren die Standort-Logik des Kapitals, nachdem die internationalen und nationalen Investoren nur in Österreich gehalten werden können, wenn die Profite "anständig" sind und ihre Profitraten stabilisiert werden.

**ABER! Standort Österreich
- und was wir dafür tun müssen!**

Die internationale Konkurrenz hat sich enorm erhöht: Selbst in der EU ist ein Wettlauf im Gange, welcher Staat dem Kapital günstigere Rahmenbedingungen, daher niedrige Steuern und Löhne, eine gute Infrastruktur, kaum Streik- und Gewerkschaftsrechte, Umweltschutz- und Arbeitnehmerschutzgesetze anbieten kann. Die nationale Wirtschaft - in Österreich ist der Absatzmarkt besonders klein - kann kein quantitatives Wirtschaftswachstum aufka-

pitalistischer Basis mehr hervorbringen. Das Rezept: Alle Industrieländer drängen verstärkt auf die Exportmärkte - auf den Weltmarkt, was eben wieder an der Konkurrenz-Spirale dreht. Die Löhne der ArbeiterInnen sind aus der Sicht der Kapitalisten nur ein Kostenfaktor. Ihre Rechnung: Niedrige Kosten erhöhen die Konkurrenzfähigkeit. Der Begriff "Shareholder Value" soll diese Unternehmenskultur zusammenfassen. Obwohl dieser Begriff etwas irreführend ist, denn es waren immer die Inter-

AUS DEM INHALT:

- ☞ Privatisierungen
- ☞ "Killerkapitalismus"
- ☞ Kapitalismus und Krise
- ☞ Schlampige Verhältnisse
- ☞ Standort Deutschland
- ☞ Südkorea - Die Krallen der Arbeiterklasse
- ☞ Sexuelle Belästigung

InfoLine: ☎ 01 / 524 63 10 ★ Fax 524 63 11

essen der Aktienbesitzer, Kapitalisten und Konzerne maßgebend. Aber er deutet an, daß die Verteilungsspielräume im System geringer werden und die Profitraten unter Druck geraten sind. Jedenfalls hat dieser "Wettlauf" um die Konkurrenzfähigkeit weitreichende negative Auswirkungen auf die ArbeiterInnenschaft, wie bei den Löhnen oder auch den allgemeinen Bedingungen.

Konkurrenzfähigkeit ist ein Zwang, mit dem ArbeitnehmerInnen tagtäglich umgehen müssen.

Aber es ist etwas anderes, die Konkurrenzfähigkeit zum eigenen Ziel zu erklären. Denn sie untergräbt alles, wofür die Gewerkschaftsbewegung an sich steht. Man denke nur an die Begriffe Solidarität und soziale Sicherheit. Egal wie gut und schnell die Beschäftigten eines Landes oder eines Standortes arbeiten, andere sind immer schneller, billiger und besser. Wenn die Gewerkschaften die Zwänge der "Konkurrenzfähigkeit" akzeptieren, dann heißt das: Zugeständnisse heute und noch mehr Zugeständnisse morgen, weil die Beschäftigten anderer Unternehmen in eine Spirale nach unten gezwungen werden. Die "Globalisierung" ist eine Waffe, mit der die Gewerkschaften weltweit gezwungen werden sollen, zu akzeptieren, daß zum Beispiel für weniger gearbeitet werden muß, daß Unsicherheit und Ungleichheit zunehmen.

Die Interessen von Kapitalisten, Aktienbesitzern und Börsenspekulanten stehen grundsätzlich jenen der Arbeiterklasse entgegen. Der bürgerliche Staat beschützt die Kapitalbesitzer, ihr Eigentum ist heilig. Unsere Arbeitskraft ist eine Ware, über die sie nach Belieben verfügen wollen. Wenn wir "Glück" haben, bekommen wir - weil wir arm und arbeitslos sind - ein bißchen Sozialhilfe. Die Drohung "Arbeitslosigkeit" steht immer im Raum. Der ÖVPler und Wirtschaftskammer-Vertreter Stummvoll sagte in einer Diskussion, es wäre immer noch besser, am Sonntag zu arbeiten, als gar keine Arbeit zu haben. Diese Argumente fallen auf fruchtbaren Boden, weil die Menschen berechtigterweise Angst haben: Angst vor Arbeitslosigkeit, vor Armut, vor sozialer Deklassierung.

Die Wirtschaftskammer, die Unternehmer und auch die ÖGB-Führung nutzen die Gunst der Stunde. Eine Reihe von Kollektivverträgen und Betriebsvereinbarungen zur Einführung von flexiblen Arbeitszeiten wurden bereits abgeschlossen. Die ÖGB-

Führung versucht, diese Benachteiligungen mit "Zuckerl" wie z.B., daß ab einer gewissen Stundenanzahl in der Woche eine Verkürzung der Arbeitszeit zum Tragen kommt (im Metallgewerbe: für die 41. bis 45. Stunde in der Woche 15 min. pro Stunde), zu kaschieren. Konkret bedeuten diese "neuen" Modelle: Lohnverlust, Abbau von Sicherheit und kollektiven Schutz, stärkere persönliche Verfügbarkeit und die Abschaffung des 8-Stunden-Tages.

"Normale" Arbeitsverhältnisse werden immer stärker von ungesicherten, prekären Beschäftigungsverhältnissen verdrängt. Ein Beispiel sind die sogenannten (fingierten?) "Werkverträge" und "freie Dienstverträge". Die neuen Werkvertragsregelungen haben nichts gelöst, sondern nur noch mehr Probleme verursacht. Denn diese Rechtsform



ist wohl die optimale Lösung für die Unternehmer: absolut freie Verfügbarkeit über die Beschäftigten, keine oder nur geringe soziale und rechtliche Absicherung. Das reduziert die Kosten und erhöht die Erpreßbarkeit der ArbeitnehmerInnen; keine Beschränkung der Arbeitszeit, keine Kündigungsvorschriften, keine Kollektivverträge, keine Betriebsräte, keine Gewerkschaft im Haus!

Geteilte Arbeit - geteilter Lohn?

Die ÖGB-Führung setzt darauf, die vorhandenen Arbeitsplätze auf mehr Menschen aufzuteilen. Teilzeit ist das Modewort. Damit meinen sie aber: geteilte Arbeit - geteilter Lohn. Die Kosten für Nahrung, Wohnung, Kleidung, Sozialversicherung halbieren sich aber nicht. Vor allem für Frauen bringt die Teilzeit-Arbeit eine Vielzahl neuer Probleme. Durch die Flexibilisierung und die Schaffung "neuer" Teilzeitarbeitsplätze können die Unternehmer leichter rationalisieren und unter dem Strich gibt es weniger voll-

wertige Arbeitsplätze als vorher. Weitere Folgen: Der Lebensstandard wird weiter verringert und die Einkommensunterschiede zwischen denen, die noch mit einem Job auskommen und denen die sich nur mit einem Job nicht mehr über Wasser halten können, erhöhen sich. Unsere Forderung lautet daher: Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn! Denn die wirklich Reichen, die Unternehmer à la Wlaschek und die Großaktionäre bleiben wieder einmal ungeschoren.

Keine Einigung beim KV in der Metallindustrie!

Anfang April stocken die KV-Verhandlungen in der Metallindustrie: Der Fachverband Metallwarenindustrie ist nicht bereit, für die Arbeitszeit-Flexibilisierung

eine kleine Zeitgutschrift zu garantieren. Die ÖGB-Führung in einer Presseerklärung am 2. April: "Es geht ihnen nicht um eine vernünftige Flexzeit-Lösung im Interesse unserer Wirtschaft, wettbewerbsfähiger Betriebe und der Arbeitsplätze, sondern um den Griff in die Taschen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer." Was hat sich denn die ÖGB-Führung gedacht? 1. ist diese Viertelstunde Gut-

schrift auch eine Verschlechterung und 2. warum soll dieser Fachverband nicht einfach die Gunst der Stunde nützen und mehr verlangen? Mit dieser Viertelstunde sollen doch nur die ArbeiterInnen besänftigt und ruhiggestellt werden, verstehen diese unsensiblen Unternehmer denn dies nicht? Im gleichen Atemzug beteuert die ÖGB-Führung, wie aufopfernd sie an die österreichische Wirtschaft denkt, und trägt der Wirtschaftskammer ein Zuge-

Impressum:

Offenlegung lt. § 25 des Mediengesetzes: Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/1. Die SOV ist eine politische Partei, deren Vertretung nach außen durch den Bundessprecher John Evers erfolgt, der ebenfalls die Redaktion der Zeitung Vorwärts-Einheit innehat. Grundlegende Richtung: Sozialistische Information im Sinne der Programmatik der SOV. Auflage: entsprechend der Themen unterschiedlich. Sitz der Partei: 1070 Wien, Kaiserstr. 14/1. Weiters befindet sich zu 100% im Besitz der SOV die sozialistische Zeitung Vorwärts. Druck: Eigendruck.

ständnis nach dem anderen an. Nur, die ÖGB-Führung geht recht großzügig mit der Zeit, mit dem Geld und dem kollektiven Schutz der ArbeitnehmerInnen um.

Arbeitszeit! Beugsam und biegsam: zum Wohle der Aktienkurse?

Die Beschäftigten, die keiner dieser "aufopfernden" Funktionäre gefragt hat, müssen sich fügen. Es gab weder eine kritische Aufklärung - nur die immer wiederkehren-

den Jubelmeldungen der ÖGB-Führung - noch eine offene Diskussion über die Problematik "flexible Arbeitszeiten". Die Beschäftigten hat diese Sache nur soweit zu interessieren, als diese sich der Flexibili-

sierung fügen müssen, aus Alternativ- und Perspektivlosigkeit "ihrer" Gewerkschaftsfunktionäre. Aber Information ist der erste Schritt zum konkreten Widerstand und einen richtigen Arbeitskampf will diese ÖGB-Führung auf jeden Fall verhindern. Die Aufgabe von Gewerkschaften wäre es aber, gerade in so einer heiklen Sache wie der Flexibilisierung, den Beschäftigten die Perspektive des Kampfes zu eröffnen und nicht zu verbauen. Die Gewerkschaften müßten ihre Mitglieder mobilisieren, um überhaupt ih-

ren Forderungen Nachdruck verleihen zu können. Wenn sie dies nicht tut, müssen wohl die Verantwortlichen ihre Gründe haben. Legen wir die Fakten auf den Tisch: Was bedeutet Deregulierung in der Arbeitswelt? Was bedeuten flexible Arbeitszeiten unter den konkreten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen? Von der ÖGB-Führung wurde nicht einmal der Versuch gemacht, durch ein kämpferisches Auftreten Verbesserungen für die Beschäftigten zu erreichen. Das vermeintliche Wohl des

„Mit den vom Nationalrat beschlossenen Änderungen zum Arbeitsruhegesetz soll eine Ausnahme auch in jenen Fällen möglich sein, in denen zwar keine zwingende technologische Begründung vorliegt, jedoch durch das Verbot der Sonntagsarbeit ein wesentlicher Standortnachteil gegenüber Staaten ohne ein solches Verbot entsteht.“

(ÖGB-Nachrichtendienst, 27.3.97)

Standortes wiegt wohl viel schwerer als die Interessen der ArbeitnehmerInnen. Warum sagt uns der Vorsitzende Verzetnitsch nicht die reine Wahrheit? Ein Vorschlag: "Lernt zu verzichten, der Kapitalismus braucht unsere Unterstützung! Es gibt keine Alternativen, jedeR ArbeitnehmerIn muß auf dem Altar des Profits Opfer bringen!"

Wir brauchen eine kämpferische Gewerkschaftspolitik!

Warum wird in der Gewerkschaft nicht einmal über gesellschaftliche und wirtschaftliche Alternativen zum Kapitalismus disku-

tiert? Reden wir offen - es gibt eine Offensive des Kapitals und wir müssen darauf reagieren.

Wir müssen kämpfen - wie die Bau- und Bergarbeiter in Deutschland, wie die Bahnarbeiter in Frankreich oder die Renault-Beschäftigten in Europa - um wenigstens jene Rechte zu verteidigen, die wir jetzt haben. Aber wir brauchen auch eine politische Perspektive, um die Wurzel des Übels anzugreifen. Wir brauchen eine Alternative, um zu wissen, wohin wir gehen wollen - das ist der Sozialismus! Wie dieser aussieht, wie wir darum kämpfen sollen, all das muß innerhalb der Arbeiterbewegung diskutiert werden. Aber es ist notwendig, den Kapitalismus als System abzulehnen und um die grundlegenden Interessen der Arbeiterschaft zu kämpfen!

Auf den ÖGB zu warten, bis dessen Führung endlich einmal den gewerkschaftlichen Kampf aufnimmt, ist viel zu wenig. Stillhalten ist Schweigen und wird als Zustimmung gewertet. Wir müssen jetzt Widerstand zeigen, jetzt eine gewerkschaftliche Opposition aufbauen und jetzt Protest organisieren! Der Kampf um den 8-Stunden-Tag steht wieder auf der Tagesordnung!

P.S. Willst Du mehr Information zum Thema "Flexible Arbeitszeiten"?

Dann schreib uns einfach einmal.

Die Einheit: c/o SOV, Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien.

Editorial:

Frühling in Europa!

Die letzten großen Arbeitskämpfe und sozialen Bewegungen liegen noch nicht weit zurück. Es ist gerade eineinhalb Jahre her, seit sich Frankreich in der größten Bewegung seit dem Mai 1968 befand. Und es auch noch nicht weit zurück, daß die italienische ArbeiterInnenklasse die Regierung Berlusconi in die Knie und schließlich auch zum Rücktritt zwang.

Diesen Frühling war es vorerst die deutsche ArbeiterInnenklasse, die auf sich aufmerksam machte. Zuerst die Kohle-Kumpel, die die "Bannmeile" rund ums Parlament durchbrachen und Kohl und Konsortien schwitzen ließen, während sie draußen lauthals skandierten: "Der Dicke muß weg". Fast gleichzeitig mit den Kohle-Kumpel de-

monstrierten 10.000e Bauarbeiter in der "neuen" Hauptstadt Berlin gegen hohe Arbeitslosigkeit in der Baubranche. Und als Republikaner versuchten, bei der Bauarbeiter-Demonstration rechte Propaganda - Flugis zu verteilen, wurden sie kurzerhand aus den Reihen der Demonstranten geschmissen. Anfang April kamen dann die Gerüchte über die Krupp-Thyssen Fusionierung hoch, und wieder reagierten die Beschäftigten und gingen auf die Strasse.

Den bisherigen Höhepunkt dieses Frühlings jedoch brachten die Kämpfe um das belgische Renault-Werk in Villvoorde. Der letzte Streik in diesem Werk fand 1979 statt; über all die Jahre haben die Beschäftigten alles getragen, was von der Geschäftsleitung auferlegt wurde - nun stehen sie gemeinsam mit ihren französischen und spanischen KollegInnen an der Spitze eines länderübergreifenden Kampfes gegen weitere Schließungen und Verschlechterungen für die Beschäftigten.

Noch ein ein Beispiel zum Schluß: In einer Magdeburger Druckerei streikten die Beschäftigten. Kein Problem, dachte sich auch der Unternehmer und stellte englische "Streikbrecher" ein. Die Verträge wurden unterschrieben, die englischen Drucker flogen in einem 1. Klasse-Flug nach Deutschland und belegten die verlangten Zimmer im Nobelhotel.

Nur hat der Unternehmer die Rechnung ohne die englischen Drucker gemacht. Diese wurden noch in England von ihrer Gewerkschaft darüber informiert, daß sie als Streikbrecher engagiert wurden. Denn anstatt am nächsten Morgen am Arbeitsplatz einzutreffen, fuhren sie schnurstracks zu den streikenden Drucker, meldeten sich bei den Streikposten und packten gleich die mitgebrachten Transparente aus - Widerstand und Solidarität auf europäisch. Wir werden wohl einen heißen Sommer erleben!

Für die Einheit - Redaktion Ali Kropf

Die Privatisierung der Verstaatlichten

Von der ehemaligen österreichischen Verstaatlichten Industrie ist binnen weniger Jahre nur noch ein Scherbenhaufen übriggeblieben. Aber anstatt wie von den "Ideologen" der Privatisierungspolitik versprochen, wurden durch die Privatisierung der Betriebe keine Arbeitsplätze gesichert, geschweige denn welche geschaffen. Ganz im Gegenteil: Es zeigt sich, daß Privatisierung in den meisten Fällen Arbeitsplatzabbau und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bedeutet!

von Ali Kropf
SOV-OG Wien Süd

Bereits Jahre vor dem Beginn der "Verschleuderung" der Verstaatlichten wurde damit begonnen, die Betriebe in ein schiefes Licht zu rücken. Die bürgerlichen Medien stellten die Verstaatlichte als einen veralteten, schwerfälligen Klotz dar, der Unsummen an Steuergeldern verschlingt. Horrormeldungen über die Verluste der einzelnen Betriebe jagten jahrelang durch die

Presse, um gleichzeitig die Forderung nach "weniger Staat - mehr Privat" zu erheben. spiel die Beihilfen für die Stahlindustrie im Zeitraum von 1980 bis 1991 in der EU um ein Vielfaches höher waren als in Österreich. So wurde in Österreich die Tonne Rohstahl durchschnittlich mit 301 Schilling, in Frankreich mit 663 Schilling und Italien sogar mit 848 Schilling subventioniert. Ganz zu schweigen von den Subventionen, die sogenannte "Vorzeigeunternehmer" wie Assmann erhalten haben. Waren es aber zuerst nur die dezitierten bürgerlichen Parteien, die ÖVP und die FPÖ, die eine Privatisierung forderten, so schloß sich dann auch in den 80-iger Jahren die SPÖ und damit auch die Gewerkschaftsbürokratie dieser Politik an. Die Aufgabe der Gewerkschaftsbürokratie war es, dafür zu sorgen, die Beschäftigten in den betroffenen Betrieben ruhig zu halten. Nun begann die Vorbereitungsphase der Privatisierung. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg in die Privatisierung war die Gründung der Austrian Industries (AI) und die damit verbundenen Sanierungskonzepte.



Presse, um gleichzeitig die Forderung nach "weniger Staat - mehr Privat" zu erheben.

**Steuergelder flossen
direkt in die Kassen der Banken!**

Schließlich wurden dann auch die ständig anwachsenden Verluste und die Subventionen zum Steckenpferd der Privatisierungsantreiber. Dabei fiel aber unter den Tisch, daß zum Beispiel die österreichischen Banken mit den Krediten der Verstaatlichten riesen Gewinne durch die Zinsdienste abschöpften. So flossen Steuergelder in Milliardenhöhe über den Umweg Verstaatlichte direkt in die Kassen der österreichischen Großbanken. Aber auch bei den öffentlich angeprangerten Subventionen wurde bewußt verschwiegen, daß zum Bei-

spiel die Beihilfen für die Stahlindustrie im Zeitraum von 1980 bis 1991 in der EU um ein Vielfaches höher waren als in Österreich. So wurde in Österreich die Tonne Rohstahl durchschnittlich mit 301 Schilling, in Frankreich mit 663 Schilling und Italien sogar mit 848 Schilling subventioniert. Ganz zu schweigen von den Subventionen, die sogenannte "Vorzeigeunternehmer" wie Assmann erhalten haben. Waren es aber zuerst nur die dezitierten bürgerlichen Parteien, die ÖVP und die FPÖ, die eine Privatisierung forderten, so schloß sich dann auch in den 80-iger Jahren die SPÖ und damit auch die Gewerkschaftsbürokratie dieser Politik an. Die Aufgabe der Gewerkschaftsbürokratie war es, dafür zu sorgen, die Beschäftigten in den betroffenen Betrieben ruhig zu halten. Nun begann die Vorbereitungsphase der Privatisierung. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg in die Privatisierung war die Gründung der Austrian Industries (AI) und die damit verbundenen Sanierungskonzepte.

ÖIAG = österreichische Treuhand

Nach etlichen "Sanierungsmaßnahmen" wurde 1994 die AI wieder aufgelöst und in die Österreichische Industrie Aktiengesellschaft (ÖIAG) umgewandelt. Die "Erfolgs-

bilanz" der AI kann sich sehen lassen: Im Zeitraum von 1986 bis 1994 wurden durch "Sanierung" und "Umstrukturierung" rund ein Drittel der Arbeitsplätze in der Verstaatlichten vernichtet. Die neugegründete ÖIAG agierte nur noch als reine Beteiligungsverwaltungsgesellschaft und Privatisierungsagentur wie die deutsche Treuhand. Nun wurde damit begonnen, die Großbetriebe aufzubrechen und in mehrere "kleinere" Betriebe umzuwandeln, um die noch anstehenden Rationalisierungsmaßnahmen und Kündigungen leichter und ohne großen Widerstand der Beschäftigten durchziehen zu können.

Mittlerweile können schon die ersten Früchte dieser Politik erkannt werden. Entgegen allen Versprechungen aus Politik und Wirtschaft hat die Privatisierung nicht im geringsten neue Arbeitsplätze geschaffen, sondern ganz im Gegenteil tausende Arbeitsplätze wurden im Zuge der Privatisierung vernichtet und nebenbei noch ein Generalangriff auf die Rechte der ArbeitnehmerInnen gestartet. Der "Privatisierungsgau" von Semperit zeigt deutlich, in welche Richtung es in Zukunft gehen wird. Am Fall Semperit zeigte sich aber auch deutlich, daß die von den Politikern hochgelobten Beschäftigungsgarantien, die bei der Privatisierung ausgehandelt werden, das Problem der Arbeitsplatzvernichtung nicht im geringsten lösen, sondern nur verschleppen. Denn sobald die Frist abläuft, wird rationalisiert und Arbeitsplätze vernichtet.

Die aktuellsten Beispiele sind die Flender Austria Antriebstechnik (FAA) und die VABergbau in Zeltweg. Das hochtechnologische Bergbaumaschinenwerk in Zeltweg wurde erst im August 96 um unglaubliche 1.000,— Schilling an den finnischen Tamrock Konzern verkauft. Nun soll der Betrieb in der steirischen Krisenregion Aichfeld-Murboden für die Auftragsflaute im Bergbaumaschinenbau erhalten. Die Auswirkungen der Privatisierungen können nur bekämpft werden, indem die Privatisierung bekämpft wird. **Wir fordern eine Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien!**

Das Gespenst des "Killerkapitalismus"

Nach dem Begriff "Turbo-Kapitalismus" hat die GPA-Zeitung "Kompetenz" ein weiteres Wortmonster geboren. Der "Killer-Kapitalismus" tritt auf den Plan. Die Februar-Ausgabe der "Kompetenz" trägt den Titel "Droht der Killer-Kapitalismus?". Die Titelstory beginnt mit folgender fettgedruckter Überschrift: "Der neoliberale Wirtschaftskurs fördert den rücksichtslosen Kapitalismus. Je mehr sich nämlich der Staat aus der Wirtschaft zurückzieht, desto skrupelloser wird der Wettbewerb. Im schlimmsten Fall könnte dadurch sogar das demokratische Gesellschaftssystem zerstört werden."

Thomas Kerschbaum

Personalvertreter, GdG-Mitglied

Was ist da bloß passiert, daß die Gewerkschaftszeitung ein derartiges "Katastrophen-Szenario" schildert? Haben denn nicht auch die Vertreter der GPA und des ÖGB in der Politik, in den SPÖ-Gremien, im Nationalrat und auch in der Arbeiterkammer die letzten Belastungs- und Kürzungsprogramme ("Sparpakete") der Regierung unterstützt, vollzogen und verteidigt? Haben die Vertreter des ÖGB in der Politik nicht auch der Privatisierung der verstaatlichten Unternehmen und kommunaler Einrichtungen zugestimmt? Unterstützten GPA und ÖGB nicht die EU-Politik der Privatisierung des Telekom-, Bahn- und Energiesektors?

Gute und böse, weil "ruchlose" Unternehmer?

Bereits im Editorial der Chefredakteurin ist folgende Anspielung auf die Titelstory zu lesen: "Im Jahr 1996 waren in Österreich im Schnitt 230.000 Menschen arbeitslos, 20.000 Arbeitsplätze sind verlorengegangen. Man könnte den Eindruck gewinnen, daß die Politik sich mit der hohen Arbeitslosigkeit abzufinden beginnt und sie als ganz normale Begleiterscheinung des kapitalistischen Wirtschaftssystems akzeptiert". Der Kompetenz-Artikel zeichnet das Bild von ruchlosen, gewinnsüchtigen Unternehmern. Getreu dem Motto "Für Geld mache ich alles". Weiter: "Sie steigern ihr eigenes Einkommen und das der Aktionäre und opfern dafür bedenkenlos Arbeitsplätze." Im folgenden wird festgestellt, daß die Unternehmer nur wenig Möglichkeiten hätten, ihre Gewinne aufzufetten. Eine davon wäre die "Freisetzung" von Personal. Die Folge ist höhere Arbeitslosigkeit.

Die Autorin beklagt die gängige Devise, daß der Staat schuld sei an der Misere, "in die wir immer tiefer schlittern - hohe Arbeitslosigkeit und zu hohe Sozialausgaben". Es

wird die Politik der Anhänger des "neoliberalen Wirtschaftsmodells" kritisiert. Diese Anhänger glauben ja - so der Artikel - daß die "absolut freie Marktwirtschaft (...) der einzige Weg aus dem Schlamassel" sei. Und diese Ansicht - der Staat schränke die freie Marktwirtschaft ein - führe, so die Autorin, dazu, daß sich immer mehr Staaten veranlaßt sehen, sich aus der Wirtschaft zurückzuziehen. Und sie stellt fest, daß Österreich zwar dieser weltweiten Entwicklung nachhinke, aber aufholen würde. Das Kapital suche sich den besten, daher billigsten Standort für seine Niederlassungen. "So unterbieten sich die einzelnen Staaten in diesem teuflischen Wettkampf der Industriestandorte: Mit immer niedrigeren Löhnen, geringeren Sozialabgaben oder dem einen oder anderen Steuerzuckerl für Unternehmer (Subventionen)."

Der Artikel prangert die Methoden der "weltumspannenden Konzerne" an - am Beispiel Shell und den Vorfällen in Nigeria. "Der Shell-Konzern lebte den Killer-Kapitalismus im Fall Ken Saro Wiwa sprichwörtlich aus. In Österreich merkt man von der blutigen Variante des "Killer-Kapitalismus" wenig. Hier sind die Anzeichen dafür subtiler und verstecken sich hinter Schlagwörtern wie "Flexibilisierung", "Deregulierung", "Globalisierung" sowie hinter englischen Modewörtern wie downsizing (abspecken), out-sourcing (auslagern) oder lean management (knappe Personalhaltung)."

Osteuropa! Schuld an der Arbeitslosigkeit im Westen?

Natürlich darf der Bezug zu Osteuropa nicht fehlen: "Leider betrachtet man mittlerweile die vor wenigen Jahren noch frenetisch gefeierte Öffnung Osteuropas als Gefahr. Denn diese Länder sind zu mächtigen Konkurrenten geworden und bedrohen durch die niedrigen Löhne und kaum vorhandenen staatlichen Abgaben unser soziales System. Je mehr Firmen aber ihre Niederlassungen aus Westeuropa abziehen,

desto stärker wächst das Heer der Arbeitslosen. Gleichzeitig - und dies wird gern vergessen - sinken die staatlichen Einnahmen durch Sozialversicherung und Steuern. Öffentliche Gelder müssen drastisch gekürzt werden. Davon sind dann Sozialleistungen ebenso betroffen wie jene Gelder für Bildung und Schulen, für Straßen und den öffentlichen Verkehr, sprich jene Ausgaben für eine Infrastruktur, die ein Land, eine Stadt erst lebenswert machen."

Der Artikel besticht durch seine fehlende Logik!

Es werden die - augenscheinlichen - negativen Auswirkungen dieses Wirtschaftssystems geschildert. Sehr, sehr oberflächlich und mißverständlich. Zum Beispiel: Es werden "die Oststaaten" erwähnt, die ein "mächtiger Konkurrent" sind. Es wird nicht die Frage gestellt, wer eigentlich "die Oststaaten" sind? Gibt es nicht dort auch ArbeiterInnen und Kapitalisten, ausländische Investoren - zum Beispiel aus Österreich? Wie sieht die Investitionstätigkeit in den östlichen Nachbarstaaten denn wirklich aus? Wieviele Konzerne verlagern denn wirklich die Produktion? Ist die Verlagerung der Produktion der Grund für die Millionen Arbeitslosen in Westeuropa? Wer den Artikel zu lesen beginnt, ist einmal erfreut, daß die negativen Auswirkungen des Kapitalismus überhaupt erwähnt werden. Allerdings in etwas seltsam anmutenden Begriffen: Was heißt überhaupt "Killer-Kapitalismus"? Der Kapitalismus war nie grundsätzlich anders, die sozialen Verbesserungen und den sogenannten Wohlfahrtsstaat hat sich die Arbeiterbewegung in langen und harten Kämpfen erstritten - nach dem Zweiten Weltkrieg nutzten die Gewerkschaften den Wirtschaftsaufschwung.

Sicherlich hat die lange Aufschwungphase nach dem Zweiten Weltkrieg in Westeuropa das Urteilsvermögen der sozialdemokratischen GewerkschafterInnen etwas sehr getrübt. Wir haben aber noch immer mit dem Kapitalismus (ohne Eigenschaftswort) (und dem Imperialismus) zu tun! Es gibt keinen anderen auf der Welt - er unterliegt nur einer Entwicklung. Es ist auch kein Wunder, daß die Politik im Interesse des Kapitals, egal ob von konservativen, liberalen oder sozialdemokratischen Regierungen vollzogen, überall ähnlich aussieht. Am Schluß

des Artikels, so könnte man/ frau hoffen, kommt der Aufruf zum solidarischen Handeln. Immerhin wurde vorher von der Autorin beklagt, daß die Konkurrenz der Standorte, "eine Spirale nach unten" in Gang setzt. Aber wieder mutet die politische Stoßrichtung seltsam an: "Nur durch einen internationalen Schulterschuß auf politischer Ebene kann die ruchlose Kapitalmehrung in die Schranken gewiesen werden. Staatliche Einzelkämpfer haben aufgrund der internationalen wirtschaftlichen Verflechtung keine Chance. Die rasante Entwicklung eines wuchernden Kapitalismus sollte uns lehren: Je mehr sich der Staat aus der Wirtschaft zurückzieht, desto skrupelloser wird der Wettbewerb. Dies kann entsolidarisieren und Menschen gegeneinander aufhetzen und in weiterer Folge können demokratische Gesellschaftssysteme dadurch zerstört werden. Das muß verhindert werden."

Gibt es einen überhaupt einen "sauberen" Kapitalismus?

"Ruchlose Kapitalmehrung", "wuchern der Kapitalismus" - es ist interessant, daß bei der Beschreibung von als negativ empfundenen Auswirkungen oder Tendenzen dem Wort Kapitalismus oder anderen wirtschaftlichen Begriffen immer ein ganz, ganz böses Eigenschaftswort beigelegt wird. Warum nur? Reicht denn die Erklärung des Kapitalismus und seiner Funktionsweise nicht aus? Ich habe den Verdacht, daß sich die Autorin und andere, die mit bösen Eigenschaftswörtern den Kapitalismus der 90er Jahre erklären wollen, entweder davon nichts verstehen, damit sich nicht beschäftigt haben oder absichtlich Verschleierung und Ablenkung betreiben. Warum Verschleierung und Ablenkung? Wie auch in der GPA-Broschüre "UMverteilung" gehen die GPA-AutorInnen davon aus, daß es einen guten, weil produktiven und gezähmten Kapitalismus gibt. Wenn dieser eine Kapitalismus jetzt ein "Killer-Kapitalismus" ist, dann muß es doch auch einen angenehmeren geben - einen mit mehr staatlicher Intervention, mit mehr Ausbildungskursen vom Arbeitsmarktservice oder mit mehr verstaatlichten Unternehmen?

Wenn jetzt die ruchlosen, gewinnsüchtigen Unternehmer das Ruder in der Hand haben, dann muß es doch auch nette, menschliche und nicht in erster Linie auf Gewinn bedachte Unternehmer geben? Da ja - wie es im Impressum der "Kompetenz" steht - namentlich gekennzeichnete Beiträ-

ge die Meinung des Autors darstellen, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken muß, so kann man/frau nicht sagen, ob die Redaktion der "Kompetenz" oder einflußreiche Funktionäre der GPA ebenfalls dieser Meinung sind. Jedenfalls ist die Ansicht, wir hätten es jetzt - im Gegensatz zu früher - mit einem ungezügelter, wuchernden, "globalisierten" Kapitalismus zu tun, als wäre dessen Entwicklung nur eine Frage der politischen Einstellung der einzelnen Akteure, besonders im ÖGB weit verbreitet.

Wie "wir" den Kapitalismus weltweit gestalten, wird alleine auf die persönliche Moral der beteiligten Personen zurückgeführt.

Was heißt überhaupt "Gewinnsucht", wenn doch im Kapitalismus das Ziel der Kapitalverwertung die "Produktion" von Profit für den Kapitalbesitzer ist. Um die unmoralischen Kapitalisten also zur Umkehr, zur Vernunft zu bewegen, müßte sich halt der Staat ein bißchen mehr in der Wirtschaft einbringen, also steuern und verteilen. Das gipfelt dann in einer Bildunterschrift: "Je mehr sich der Staat zurückzieht, desto skrupelloser werden Unternehmer." Dann wäre alles nicht so schlimm, oder? Die Schlußfolgerung des Artikels legt das völlige Unverständnis für die Funktionsweise des Kapitalismus und für die Rolle des bürgerlichen Staates offen? Es ist auch politisch bedenklich, wenn derart pauschal von "Staat" gesprochen wird. Woran denkt denn die Autorin des Artikels, wenn sie an "Staat" denkt? An die Arbeitsämter, Sozialstützpunkte, vielleicht an das Wirtschaftsministerium oder doch an den Justiz- und Polizeiapparat? Welche Rolle spielt denn der Staatsapparat, wenn er Arbeitslose über Zwangsarbeit und Sozialkürzungen schikaniert?

Die Analyse des Artikels über den "Killer-Kapitalismus" ist derart oberflächlich, daß die Aussage geradezu einen rechten, sozialchauvinistischen Anstrich bekommt. In der Schlußfolgerung ruft die Autorin auf, internationalen Schulterschuß auf politischer Ebene anzustreben (ob sie die EU meint, spricht sie nicht direkt an), um gemeinsam in der weltweiten wirtschaftlichen Konkurrenz bestehen zu können. Obwohl die Autorin gegen den "skrupellosen Wettbewerb" schreibt, will sie, daß der Staat uns beschützt und den Konkurrenzkampf als Ganzes führt. Kein Wort davon, daß die Gesellschaft in Lohnabhängige und

Kapitalbesitzer gespalten ist. Kein Wort davon, wodurch die Konkurrenz entsteht und welche Rolle die ArbeitnehmerInnen überhaupt in der Wirtschaft spielen. Und ebenso wenig erfährt man/frau, ob die Artikelschreiberin für oder gegen den Kapitalismus, für oder gegen die Marktwirtschaft ist. Sind wir jetzt nur mit den Auswüchsen eines ungezügelter Kapitalismus konfrontiert oder einfach mit dem Kapitalismus, der eine bestimmte Phase seiner Entwicklung durchläuft? Welchen Ausweg bietet uns den die Schlußfolgerung des Artikels? - Nationaler Abwehrkampf gegen die böse Konkurrenz aus dem Osten? Den bürgerlichen Staat als Beschützer der ArbeitnehmerInnen, der sich für eine Österreich-nationale Wirtschaft einsetzt? Den Ausweg des Protektionismus? Eine Festung Europa, die sich gegen den Osten, Asien und Amerika durchsetzt?

Bei den Privatisierungen der Verstaatlichten Industrie intervenierten immer wieder Gewerkschaftsfunktionäre, damit ja ein Österreicher den Zuschlag bekommt, die sind nämlich nicht so böse wie die ausländischen Kapitalisten. Bei der Privatisierung der Salinen, zum Beispiel, gibt es recht intensive Interventionen, damit Androsch das Rennen macht - obwohl er nicht einmal das höchste Angebot legt. Auch unterscheiden Funktionäre des ÖGB, wie auch in der GPA-Broschüre "UMverteilung" geschehen, gerne zwischen sogenannten "Produktions- und Finanzkapital"; zur Stärkung der Produktionsinteressen sei eine Allianz zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern in diesem Bereich gegen die Finanzinteressen anzustreben. Ganz böse ist in diesem Zusammenhang natürlich das internationale Finanzkapital, das von Börse zu Börse jettet und fette Gewinne abzockt. Daß hier riesige Profite gemacht werden, steht außer Frage. Aber diese naive Sicht und schematische Einteilung in gute und böse Kapitalisten verstellt die Perspektive, die Sicht auf das Ganze.

Der GPA und auch dem ÖGB fehlt eine grundlegende Kapitalismus-Analyse!

Die Kompetenz-Redaktion macht es sich doch sehr einfach: Nur einen reißerischen Artikel zu veröffentlichen und zu vermerken, daß diese Meinung ja nicht die Meinung der Redaktion sein muß, ist äußerst bedenklich. Der GPA fehlt es an einer klaren Kapitalismus-Analyse. Es fehlt auch an einer Perspektive des Kampfes für die Arbeiterbewegung - eben auch an einer inter-

nationalen Sichtweise. Nur eine Anmerkung zur Stellung der Gewerkschaften zur FPÖ-Politik des offenen Nationalismus und Sozialchauvinismus:

Der Kärntner Vize-Landeshauptmann und Baureferent Grasser hat eine Weisung erteilt, wonach angesichts der "zunehmend kritischen Lage des heimischen Arbeitsmarktes" nur mehr an jene Firmen öffentliche Bauaufträge zu vergeben sind, die nur Inländer und EU-Bürger beschäftigen. Wenn man/frau die Aussagen des Kompetenz-Artikels weiterdenkt bis zur extremen Konsequenz, dann landen diese bei der FPÖ-Politik. Vielleicht nicht beabsichtigt, aber trotzdem. Ich möchte einen Gedanken dazu noch äußern - liebe LeserInnen - vielleicht könnt Ihr mir dazu Leserbriefe schreiben: Ist die FPÖ-Politik in Sachen Arbeitslosigkeit, Beschäftigung, ImmigrantInnen, Gewerkschaften und nationales Wettbewerbsbündnis nicht nur eine Übertreibung, eine Konsequenz und "logische" Entwicklung der Positionen der ÖGB-Führung?

Klima: Ein Garant für sozialen Frieden?

Und zu guterletzt wünscht der GPA-Vorsitzende Sallmutter in der gleichen "Kompetenz"-Ausgabe der neuen Regierung alles Gute. Nicht schlecht. Diese Regierung unter Viktor Klima hat nämlich vor, genau diese Politik zu vollziehen, die die Autorin der Titelgeschichte geradezu verdammt. Und das verschweigt diese Regierung auch nicht - siehe Arbeitsübereinkommen der Koalitionsregierung. Diese Regierung will: Privatisierung, Deregulierung, Sozialabbau. Die Spitzenfunktionäre des ÖGB sitzen im Parlament - auf den Bänken der Regierungsparteien - und fügen sich der "Parteidisziplin".

Es wäre wohl angebracht, daß sich diese Multifunktionäre einmal fragen, wem sie eigentlich verpflichtet sind. Aber ein "großer" Vorsitzender wie Kollege Sallmutter steht über den Dingen und kann sich erlauben, uns salbungsvolle Worte mit auf den Weg - für den er als Spitzenfunktionär der SPÖ auch verantwortlich ist - zu geben: "Politik muß wieder den Mut zum großen Wurf beweisen. Politik muß auch wieder dadurch an Glaubwürdigkeit gewinnen, daß die Menschen nicht das Gefühl haben, man will sie für dumm verkaufen." *Die GPA und ihr Vorsitzender müssen auch wieder an Glaubwürdigkeit gewinnen.*

Gastkommentar "Turbokapitalismus" und "Globalisierung"

von Prof. Hugo Pepper

Was die verdienstvollen Autoren Martin und Schumann als "Globalisierungsfälle" klassifiziert haben, sollte man nicht mit dem Begriff "Turbokapitalismus" verniedlichen. Es liegt auf der Hand, daß der Kapitalismusbegriff mit einem schmückenden technischen Beiwort zu Unrecht positiv besetzt wird. Das ist wirklich instinktlos.

Im übrigen ist, was Martin/Schumann kritisch aufgegriffen haben, ein Ladenhüter der Gesellschafts- und Wirtschaftstheorie: Zwischen 1909 und 1916 haben Rudolf Hilferding, Rosa Luxemburg und Wladimir I. Lenin das prognostiziert, was heute als Globalisierungsfälle ins Schaufenster geraten ist. Sie sahen einen Endzeitkapitalismus voraus, in dem die Konzentration des Kapitals und der Produktion ihren Höhepunkt erreicht und es zur Verschmelzung von internationalem Bank- und Industriekapital kommt. Das sich formierende "Finanzkapital" wird von einer internationalen Finanzoligarchie beherrscht. Diese ist am Kapitalexport weit stärker interessiert als am herkömmlichen Warenexport. Profitmaximierung ist das oberste Ziel (Vollbe-

schäftigung ist dem gemäß uninteressant). Die solchermaßen orientierten internationalen Kapitalverbände betreiben im Sinne ihrer Interessen über die Regierungen hinweg Weltpolitik.

Daß aber auch solche Bäume nicht in den Himmel wachsen, hat James Burnham 1941 in seiner "Revolution der Manager" aufgezeigt: "Technologische Arbeitslosigkeit hat es jüngst (1929!) gegeben. Sie ist aber nichts im Vergleich zu der technologischen Arbeitslosigkeit, welche einträte, wenn der Kapitalismus seine technologischen Möglichkeiten ausnützte." Das scheint nunmehr in gang gekommen zu sein, und die zunehmende "Freisetzung" - wie das die Begriffsbeschöniger nennen - von normal entlohnerten Arbeitskräften wird folgerichtig zur Zerstörung der Massenkauflkraft führen, ohne die dem "Turbo" der Brennstoff auszugehen dürfte. Vielleicht sollte man wieder einmal oder erstmals Otto Bauers „Rationalisierung - Fehlrationalisierung“ (1931) lesen, in denen manche Gedanken Burnhams wurzeln?

(Dieser Kommentar ist erstmals als Leserbrief in der "Kompetenz" - Nr. 2/97, Seite 22 - erschienen. Prof. Hugo Pepper bezieht sich auf den Artikel "Turbokapitalismus", erschienen in der Kompetenz 10/96.)

Ja, ich will ...

- ☐ ein **DIE EINHEIT**-Abo (4 Nr. ÖS 100,-)
- ☐ ein **Vorwärts** und **DIE EINHEIT** Abo (14 Nr. ÖS 200,-)
- ☐ ein **Vorwärts**-Normal-Abo (10 Nr. ÖS 200,-)
- ☐ ein **Vorwärts**-Sozial-Abo (10 Nr. ÖS 100,-)
- ☐ eine gratis Probenummer des **Vorwärts**
- ☐ Einladungen zum Gewerkschafts Stammtisch
- ☐ mich mit jemandem von Euch treffen
- ☐ selbst aktiv werden

Name

Straße, Hausnummer

PLZ/Ort

Telefonnummer

Bitte
frankieren!
Danke!

An die
DIE EINHEIT
c/o SOV
Kaiserstraße 14/11
A-1070 Wien

Kapitalismus und Krise

Forderungen nach Umverteilung, nach Besteuerung des Finanzkapitals und andere verbale Radikalismen sind in letzter Zeit wieder in die Sprache der österreichischen Gewerkschaftsbürokratie zurückgekehrt. Es sind dies ihre ersten Reaktionen auf die steigenden ökonomischen und sozialen Probleme der Gesellschaft. Im folgenden Artikel wird ausgehend von der allgemeinen Erklärung kapitalistischer Krisen die Unzulänglichkeit dieser Antworten aufgezeigt.

Martin Jakob

Arbeitsgruppe Marxismus (AGM)

1. Kapitalismus und Krise

Wer sich die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen 170 Jahre anschaut, dem wird sehr schnell deren zyklischer Charakter auffallen. Auf jeden Aufschwung folgt die Rezession und vice versa, wie ein verkehrtes Spiegelbild. Als in den Boomjahren nach dem Zweiten Weltkrieg diese zyklischen Krisen scheinbar verschwunden waren, verschwanden sie ebenso aus den

duktion selbst als der eigentlichen Ursache für die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft hat die bürgerliche Nationalökonomie aus ihren Köpfen verbannt.

Der Begriff der Krise hat außerdem eine doppelte Bedeutung - er bezeichnet nicht nur die Existenz zyklischer Krisen, sondern auch die langfristige krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus. In der marxistischen Theorie, die von der Produktionssphäre ausgeht, spielen hierbei drei Phänomene die entscheidenden Rollen: Der tendenzi-

scheidungen der verschiedenen Unternehmer meist alle in die gleiche Richtung gehen - nämlich dorthin, wo die größten Profite zu erwarten sind, was für ständige Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Zweigen der Industrie sorgt. Fehlen zum Beispiel auf einem Markt 10.000 Autos und sind deshalb pro Auto höhere Preise und also höhere Profite zu erzielen, so werden die 10 Autoproduzenten dieses Marktes jeder vielleicht 5.000 Autos extra produzieren und so gemeinsam massive Überkapazitäten aufgebaut haben. In der Folge werden sie die Produktion aussetzen, bis das aufgestaute Lager wieder verkauft ist und erst dann wieder produzieren. In der Gesamtwirtschaft passiert ungefähr das Gleiche. Bei Gewinnerwartung wird relativ viel Kapital investiert, es kommt zu Überproduktion und Überakkumulation von Kapital, woraufhin die Produktion gestoppt bzw. reduziert wird; es kommt zu Entlassungen und Lohnsenkungen, die Kaufkraft sinkt in der Folge weiter und mit ihr die Profitrate. Erst wenn alle Überschüsse wieder abgebaut sind, wenn das Angebot wieder gesunken ist und die Preise wieder steigen, sind auch wieder höhere Profite zu erwarten und dann wird wieder viel Kapital investiert, wieder privat und unabhängig voneinander und der ganze Kreislauf beginnt von neuem.



Köpfen und den Büchern der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler.

Erst als mit dem Ende der 1960er Jahre die kapitalistische Produktionsweise die ihr eigene Instabilität wieder hervorkehrte, kehrte auch das Bürgertum wieder ihre alten Erklärungen für die Existenz zyklischer Überproduktionskrisen hervor: Erzeugt würden diese bloß von nicht wirklich freien Märkten, weil dadurch die Verhältnisse von Angebot und Nachfrage gestört seien. Dieser Ansatz erklärt ökonomische Krisen alleine aus Mißverhältnissen in der Sphäre der Zirkulation. Die Sphäre der Pro-

duktion, die Profitrate, die Unterkonsumption, die Disproportionalität, das heißt, das Mißverhältnis zwischen den einzelnen Produktionszweigen.

Überproduktion und Unterkonsumtion

Der letzte Begriff - die Disproportionalität - deckt bereits beinahe das gesamte Spektrum der bürgerlichen Krisentheorie ab, weil es hier tatsächlich um das Verhältnis von Angebot und Nachfrage geht. Die Konkurrenz drückt den zyklischen Krisen ihren Stempel auf, weil die vielen privaten Ent-

Das zweite wichtige Merkmal der kapitalistischen Krise und des Kapitalismus überhaupt ist das der Unterkonsumtion. Gerade mit der technischen Entwicklung steigen auch die Produktionskapazitäten, was ja eigentlich ganz wunderbar ist. Zugleich kann aber die Entwicklung der Kaufkraft nicht mithalten. Es mangelt freilich nicht an Bedürfnissen, es mangelt bloß an kaufkräftigen Bedürfnissen. Dieses Mißverhältnis drückt sich einerseits in nicht ausgelasteten Produktionskapazitäten, andererseits gerade heute in der grotesken Massenarbeitslosigkeit aus. Hier zeigt sich die ganze Paradoxie der kapitalistischen Produktionsweise am deutlichsten. Während in weiten Teilen der Welt immer noch Menschen verhungern, während zugleich auch nach Europa der Kältetod zurückgekehrt ist und während zum Beispiel in Österreich fast ein Drittel der Bevölkerung an oder unter der Armutsgrenze lebt, gibt es weltweit knapp zwei Milliarden (!) Arbeitslose, die

aufgrund der Logik des Kapitals nichts produzieren dürfen. Das erkennen mittlerweile auch Teile der Sozialdemokratie und der Grünen wieder an und die radikalsten unter ihnen fordern dementsprechend auch Lohnerhöhungen etc., um die "Kaufkraft der Bevölkerung" zu sichern, d.h. sie fordern eine Rückkehr zur Politik des Keynesianismus, der die Entwicklung der 20 bis 30 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg kennzeichnete. Dieser Versuch, die Probleme der Unterkonsumtion auf diese Weise abzuschwächen, steht aber in direktem Widerspruch zum dritten und wichtigsten Grund kapitalistischer Krisen - dem tendenziellen Fall der Profitrate. Diesem Phänomen wenden wir uns jetzt zu und holen dazu etwas weiter aus.

Die Bedeutung der Profitrate im Kapitalismus

Der Wert einer Ware ist bestimmt durch die zu ihrer Produktion notwendigen Arbeitszeit. Im Kapitalismus wird aber die Arbeitskraft zu einer Ware, für deren Benutzung der Unternehmer einen Preis zahlt - den Lohn, und dieser Lohn ist immer geringer als der von der Arbeitskraft geschaffene Wert; diese Differenz ist der Mehrwert, der dem Käufer der Ware Arbeitskraft - also dem Kapitalisten - zufällt. Um gegen die Konkurrenz bestehen zu können und um die Profite zu maximieren muß das Kapital versuchen, den Anteil des neu geschaffenen Werts, der in der Form von Löhnen an die ArbeiterInnen zurückfließt, möglichst gering zu halten, also die Löhne zu drücken. Ca. vom 16. bis zum 19. Jahrhundert im Westen und noch heute in vielen halbkolonialen Ländern wurde dies vor allem durch ein Wachsen des absoluten Mehrwerts erreicht, also durch Verlängerung oder Intensivierung der Arbeit, durch Kürzung der Löhne und ähnliches. Mit der Entwicklung des Kapitalismus gewann jedoch die Vermehrung des relativen Mehrwerts immer mehr an Bedeutung, das ist die Erhöhung der Produktivität in der Konsumgüterindustrie, weil dadurch der Wert der Arbeitskraft in kürzerer Zeit reproduziert werden kann. Für die Produktion aller für eine Arbeitskraft durchschnittlich notwendigen Konsumgüter werden nun zum Beispiel statt bisher 6 Stunden nur noch 4 Stunden benötigt, wodurch sich die Zeit der Mehrarbeit und also der Mehrwert um zwei Stunden erhöht.

Mit dieser ständigen technischen Entwicklung werden also immer mehr Arbeiter

durch Maschinen ersetzt - die Ausgaben der KapitalistInnen für Maschinen, Rohstoffe und Gebäude (das konstante Kapital) steigen in Relation zu den Ausgaben für Löhne (das variable Kapital). Marx nannte diese Entwicklung das Wachsen der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Da nun aber nur die lebendige Arbeit Wert erzeugt und gerade der Anteil dieser lebendigen Arbeit am gesamten investierten Kapital abnimmt, so sinkt auch der Anteil des Mehrwerts oder des Profits am gesamten angewandten Kapital. Es kommt zu einem tendenziellen Fall der Profitrate, der mit der Entwicklung des Kapitalismus logisch einhergeht. Tendenziell deshalb, weil es auch einige gegenläufige Tendenzen gibt, v. a. die steigende Rate des Mehrwerts, das ist der steigende Ausbeutungsgrad der Arbeitskraft. Längerfristig kann es aber den gegenläufigen Tendenzen nicht gelingen, den Fall der Profitrate völlig zu neutralisieren, was auch die tatsächliche Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt.

Seine Bedeutung für die reale Entwicklung des Kapitalismus erhält der tendenzielle Fall der Profitrate durch den eigentli-

chen Zweck der kapitalistischen Produktion: der Erzielung eines maximalen Profits. Mit dem Sinken der Profitrate sinkt auch die Neigung zur Investition - das Kapital wird spekulativ angelegt oder einfach als Zinskapital zur Verfügung gestellt. Dadurch sinkt natürlich die reale Akkumulation, steigt die Arbeitslosigkeit und sinkt dadurch die Kaufkraft, steigt die Überproduktion usw., vermehrt sich also überhaupt die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus.

Inzwischen ist auch klar geworden, warum eine keynesianistische Wirtschaftspolitik die Problematik des tendenziellen Falles der Profitrate nur noch verschärft: Jede Erhöhung der Löhne geht unmittelbar auf Kosten der Höhe der Profite, senkt also die Profitrate weiter ab, womit der oben skizzierte Krisencharakter sich weiter verstärkt. In der Nachkriegszeit war diese Politik nur deshalb möglich, weil der Zweite Weltkrieg und seine Folgen die Bedingungen dafür schaffte, nämlich relativ niedrige Löhne, die Notwendigkeit zahlreicher Investitionen für den Wiederaufbau und die Zerstörung großer Massen konstanten Kapitals, wodurch die organische Zusammensetzung des Kapitals stark zurückging. Das alles in Kom-

Dafür kämpft die Sozialistische Offensive Vorwärts:

- ★ **Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!**
- ★ **13.000,- öS Mindestlohn netto für alle ArbeitnehmerInnen!**
- ★ **Einen garantierten Ausbildungsplatz für jedeN. Demokratische Schulen und Universitäten! Überbetriebliche Lehrwerkstätten unter der Kontrolle der Gewerkschaften. Lehrlingstelle raus aus der Handelskammer. Soziale Sicherheit für alle Auszubildenden.**
- ★ **30 m² Wohnraum für jedeN, Mieten bis max. 10% des Nettoeinkommens! Sofortige Mietzinsobergrenze und öffentliche Vergabe leerstehender Wohnungen!**
- ★ **Rigoreuse Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen. Umweltschutz und Arbeitsplätze dürfen keine Gegensätze sein.**
- ★ **Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie enteignet werden!**
- ★ **Kampf um jeden Arbeitsplatz und um soziale Verbesserungen für die arbeitende Bevölkerung und ihre Familien!**
- ★ **Gegen die Diskriminierung von Frauen; gleiche Rechte in allen Bereichen! Kampf gegen sexuelle Diskriminierung!**
- ★ **Völlige rechtliche und soziale Gleichstellung von In- und AusländerInnen! Passives Betriebsrats-Wahlrecht für AusländerInnen!**
- ★ **Nein zur Sozialpartnerschaft. Für eine gewerkschaftliche Offensive gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit! Schluß mit der Privatisierungspolitik - für eine Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien!**
- ★ **Demokratische Gewerkschaften und FacharbeiterInnenlohn für bezahlte Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!**
- ★ **Für eine starke, internationalistische und offensive Gewerkschaftsbewegung!**
- ★ **Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische ArbeiterInnenkontrolle und -verwaltung!**
- ★ **Kampf der arbeiterInnenfeindlichen Politik der FPÖ!**

bination mit zahlreichen technologischen Erneuerungen brachten dem Kapital extrem hohe Profitraten - wodurch genügend Spielraum für eine keynesianistische Wirtschaftspolitik vorhanden war, wovon heute nicht mehr die Rede sein kann.

II. "Radikale" Gewerkschaftsbürokratie

Wie schon erwähnt, gibt es angesichts der Entwicklungen verschiedene Alternativprogrammen und allgemeine Analysen dieser Entwicklungen von gewerkschaftlicher Seite. Sie alle laufen darauf hinaus, eine andere Politik zu fordern, bzw. bestimmte politische Entscheidungen für die schwierige ökonomische und soziale Lage verantwortlich zu machen. Daß eine andere Politik innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise, also der Reformismus, gerade in Krisenzeiten nichts taugt und der Macht des Kapitals hilflos gegenübersteht, möchte ich im folgenden zeigen.

Exemplarisch für den gewerkschaftlichen Radikalismus kann die GPA-Broschüre "UMverteilung" gelten, die im Herbst 1994 erschienen ist und das Spektrum des gegenwärtigen Reformismus in Österreich weitgehend abdeckt. Hier wie auch in anderen Publikationen trennt sich die gesamte Argumentation in zwei zusammengehörige Teile: Das sind einerseits die Erklärungen der wirtschaftlichen Entwicklungen in der Vergangenheit bis hinein in die Gegenwart und andererseits geht es um politische Gegenstrategien.

Warum Krisen?

Allgemein werden die erfolgreichen 50er und 60er Jahre der damals praktizierten keynesianistischen Wirtschaftspolitik gutgeschrieben: also der aktiven Beschäftigungspolitik, dem Wachstum der Löhne, der Kooperation der Gewerkschaften mit den Unternehmern etc. Nach diesen Boomjahren kam es "zu einem radikalen Wandel in der Wirtschaftspolitik der entwickelten Industrieländer und zu einer Verschiebung der Rahmenbedingungen für die Verteilungspolitik." (UMverteilung, S. 4) Was sind aber die Ursachen für diesen Wandel? Wie kann erklärt werden, daß etwa mit Beginn der 1980er Jahre zugleich in mehreren Ländern diese Veränderung stattfinden konnte? Hier wird die Argumentation der GPA immer schwächer: "Eine wesentliche Rolle spielt hierbei jedenfalls, daß mit dem Erreichen der Vollbeschäftigung

und dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates eine Machtverschiebung zugunsten der Arbeitnehmer einherging."; dazu komme "der Zusammenbruch des Systems fester Wechselkurse ab 1971" und schließlich sehr allgemein die größere Bedeutung von Vermögenseinkommen in Relation zu Produktionseinkommen. Schuld am Ende der Wachstumsjahre sei auf jeden Fall in erster Linie die falsche Politik, der "Paradigmenwechsel vom beschäftigungsorientierten Keynesianismus zum preisstabilitätsorientierten Monetarismus" (alle Zitate ebda.).

Primat der Politik?

Dieser Primat der Politik über die Wirtschaft war schon von jeher der illusorische Traum des Reformismus. Gerade die Entwicklung seit den 1960er Jahren zeigt aber sehr gut das Gegenteil. Wir haben schon im ersten Teil die Gründe und die Bedeutung des tendenziellen Falles der Profitrate beschrieben und in diesem Phänomen finden wir auch die Hauptgründe für die politökonomische Geschichte der vergangenen 30 Jahre. Bewegten sich die Bruttoprofitraten zwischen 1948 und 1965 in Großbritannien und den USA noch zwischen 13 und 16%, so sanken sie mit den 70er Jahren auf unter 10%. Eine steuerliche Umverteilung zugunsten der Unternehmen konnte diesen Trend nur etwas abschwächen, nicht aber ihn stoppen. Die Nettoprofitraten sanken durchschnittlich zwischen 1948 und 1965 nie unter 5,3% um dann zu Beginn der 70er Jahre auf bis zu 4% zu fallen. Solche Zahlenreihen lassen sich beliebig fortsetzen, klar geworden ist aber schon jetzt die grobe Struktur der Entwicklung. Nun ist klar, daß die zu erwartende Profitrate die künftigen Investitionspläne der Unternehmen bestimmen - und zwar

sowohl der Größe nach, als auch dem Bereich nach, wohin sie fließen. Mit dem Sinken der durchschnittlichen Profitrate wird auf jeden Fall in der Summe ein Rückgang der Investitionen zu erwarten sein und wesentlich mehr Geld wird in die Spekulation wandern - entweder auf den Aktienmarkt, wo das ganze Spiel immer auf Kosten der Kleinanleger geht, oder in die Spekulation mit Währungen, was dann die Haushalte der einzelnen Staaten zu bezahlen haben, oder es kommt zur Bereicherung über Staatsanleihen, wofür dann wieder der Staat hohe Zinsen zu bezahlen hat. Exemplarisch für die Verschiebung zwischen Industrie- und Finanzkapital seien die großen japanischen Konzerne herangezogen.

So machte der größte japanische Konzern Toyota im Geschäftsjahr 1987/88 bereits 38% seiner Gewinne im Finanzbereich und nicht mehr in der eigentlichen industriellen Produktion. Bei Nippon Oil waren es 54%, bei Nissan schon 65% und bei Sanyo gar 100%! In den Zeiten der Boomjahre waren die Profitraten der Unternehmen wesentlich höher und das war der Grund, weshalb eine keynesianistische Wirtschaftspolitik überhaupt erst möglich gewesen ist. Der "Paradigmenwechsel" von Keynesianismus zu Monetarismus ist vielmehr Folge der wirtschaftlichen Entwicklung als die wirtschaftliche Entwicklung Folge bestimmter politischer Verhaltensweisen. Das reformistische politische Handeln ist genau in diesem Sachzwang gefangen.

Monetarismus

Was sind aber nun die wichtigsten Veränderungen auf politischer Ebene? Hier machen die Autoren der GPA-Broschüre vier Punkte fest, die mittlerweile auch als Hauptcharakteristika monetaristischer Wirt-

MARXISMUS

Zeitschrift für marxistische Theorie
herausgegeben von der
Arbeitsgruppe Marxismus (AGM)

Nr.2 Der "reale Sozialismus"
2. Auflage, Februar 1996
240 Seiten A5 gebunden
76 öS / 11 DM

Nr.4 Der Zweite Weltkrieg:
Demokratie gegen Faschismus?
2. Auflage, Juli 1995
290 Seiten A5 gebunden
48 öS / 7 DM

Nr.3 Österreich-Nationalismus
und Arbeiterbewegung
3. erweiterte Auflage, Juli 1995
260 Seiten A5 gebunden
48 öS / 7 DM

Nr.5 Kapitalismus in Österreich
(von den Anfängen bis heute)
Oktober 1995
230 Seiten A5 gebunden
76 öS / 11 DM

Nr.7 Imperialismus
& marxistische Theorie
März 1996
215 Seiten A5 gebunden
76 öS / 11 DM

Nr. 9 Trotzkismus in Österreich
Teil I: 20er Jahre bis heute
September 1996
246 Seiten A5 gebunden
76 öS / 11 DM

Nr. 10 Trotzkismus in Österreich
Teil II: Interviews
Dezember 1996
220 Seiten A5 gebunden
76 öS / 11 DM

Einzel exemplar: zuzgl. 17 öS / 2,50 DM Porto (in EU)
Abo (4 Ausgaben): 500 öS / 72 DM, ermäßigtes Abo: 250 öS / 36 DM
Zu bestellen über die Kontaktadresse.

AGM
Postfach 562
A-1151 Wien

schaftspolitik gelten können: hohe Realzinssätze, restriktive Fiskalpolitik, Deregulierung und Bedeutungsverlust der Wirtschaftspolitik. Es ist relativ klar, daß diese vier Maßnahmen so gut wie ausschließlich im Interesse des Kapitals gesetzt wurden.

Hohe Realzinssätze sind notwendig, um die Inflation einzudämmen, weil ansonsten die Stabilität im Sinne des internationalen Kapitals nicht gewährleistet wäre. Gerade mit dem neuerlichen Schub einer Globalisierung hat dieser Faktor an Bedeutung gewonnen, weil dadurch immer noch mehr auf die Bewegung des internationalen Kapitals Rücksicht genommen werden muß. Restriktive Fiskalpolitik geht in allen Ländern vor allem auf Kosten von Transferleistungen wie der Arbeitslosenunterstützung, dem Kindergeld etc. Für Subventionen gilt dies übrigens nicht so eindeutig, was sich in der Rüstungsindustrie am besten sehen läßt, wo gerade unter dem Monetaristen Ronald Reagan enorme Kapitalmassen in den Rüstungssektor gepumpt wurden, um die Wirtschaft anzukurbeln - mit der Folge des höchsten Budgetdefizits in der Geschichte der Vereinigten Staaten.

Auch in der "freien" Wirtschaft gibt es Subventionen!

Aber auch in der "normalen" Wirtschaft wird fleißig subventioniert. So kaufte Siemens 1994 in Dresden eine moderne Chipfabrik von der Treuhandanstalt, die den Verkauf ehemaliger DDR-Betriebe leitet, um 2,7 Milliarden DM, bekam aber ca. dieselbe Summe über Förderungen von Bund und Land und Stadt und durch Sonderabschreibungen wieder zurück. De facto bekam Siemens das Werk geschenkt - und das bei einem Gewinn im selben Jahr von 2 Milliarden DM. Gleiches gilt für den Chemie-Konzern BASF, der in Schwarzheide ein modernstes Polyurethanwerk um sage und schreibe 50 Pfennige kaufte.

In Österreich machte Anfang Jänner das Beispiel vom liberalen Abgeordneten Hans Peter Haselsteiner die Runde, der 1988 das Skigebiet Goldeck um 1 Schilling vom Land Kärnten kaufte und im Gegenzug Investitionen von 214 Millionen öS bis Ende 1996 versprach - was natürlich nie geschehen ist. Statt dessen sprang das Drahtseil eines Sesselliftes aus einer veralteten Verankerung und stürzte gemeinsam mit einigen SkifahrerInnen in die Tiefe - soviel nur zur

Identität von Liberalismus und Profitgier. Das dritte politische Charakteristikum in der GPA-Broschüre ist die Deregulierung, womit die Bewegungen und Entscheidungen der UnternehmerInnen erleichtert werden. Ihr Ziel ist die Zurücknahme staatlicher Beschränkungen für die Wirtschaft - natürlich auf Kosten der Lohnabhängigen. Und die allgemeine Folge auch dieser politischen Entwicklungen ist der generelle Bedeutungsverlust staatlicher Wirtschaftspolitik, was gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit mit ihrer Schwächung der Gewerkschaften immer ein Vorteil für das Kapital ist.

Dabei ist es fast völlig egal, ob es eine bürgerliche Partei (wie Reagan, Thatcher oder Kohl) oder eine sozialdemokratische (wie Vranitzky oder Mitterrand) ist, die die jeweilige Politik durchsetzt. Worum es geht, ist die Durchsetzung der Interessen des Kapitals, um dessen internationale Konkurrenzfähigkeit zu gewährleisten, d.h. um die kapitalistische Ordnung aufrecht zu erhalten. Der Unterschied liegt in der Bedeutung der Gewerkschaften, die über ihren Einfluß auf die bürgerlichen Arbeiterparteien die Entwicklung modifizieren, nicht aber grundlegend ändern können, solange sie im Rahmen der kapitalistischen Logik verbleiben.

Das Dilemma des Reformismus

Die Autoren der UMverteilung fordern nun konsequent eine andere Politik, wobei hier die konkreten Forderungen so aussehen:

"Zur Stärkung der Produktionsinteressen ist eine Allianz zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern in diesem Bereich gegen die Finanzinteressen notwendig. *Eine Machtverschiebung zugunsten der Realwirtschaft kann nur in einem großen Wirtschaftsraum erfolgen. Hier würde die europäische Integration Chancen bieten. *Eine stärkere Besteuerung der Kapitalerträge ist national, aber vor allem international notwendig. *Um eine breitere Streuung von Privatvermögen zu ermöglichen, ist eine Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand anzustreben." (UMverteilung, S. 61).

Hinter diesen Vorschlägen stehen eine ganze Reihe falscher Einschätzungen des Funktionierens der kapitalistischen Produktionsweise. Zunächst sticht die fast moralische Anklage gegen das Finanzkapital in die Augen. Sie basiert auf dem absurden Konzept einer Trennung in gu-

**märsche gegen
erwerbslosigkeit,
sozialabbau und
ausgrenzung**



euro-marsch

**Auf nach
AMSTERDAM!**

Im Juni wollen die EU-Regierungen den Maastrichtvertrag auf einer Konferenz in Amsterdam endgültig in Kraft setzen. Die "Erfüllung" der Maastrichtkriterien (kaum ein Land erfüllt sie ja tatsächlich) bedeutete bis jetzt: Sozialabbau, Attacken auf den Öffentlichen Dienst und ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit.

Wir wollen den EU-Regierungen zeigen, daß wir uns ihre Politik nicht länger gefallen lassen. Arbeitsloseninitiativen, Gewerkschaften, Jugend- und Frauenorganisationen und verschiedene linke Gruppierungen initiierten daher für den

14. Juni

**eine Demonstration in
AMSTERDAM**

Sowohl in Österreich als auch auf internationaler Ebene beteiligen sich die SOV und ihre Schwesterorganisationen in anderen Ländern massiv an der Mobilisierung.

Wir sehen im "Euromarsch gegen Erwerbslosigkeit, Sozialabbau und Ausgrenzung" eine Chance, die "Standortlogik" und das Gegeneinanderauspielen von Belegschaften, Aus- und InländerInnen und von jenen, die noch Arbeit haben, gegen die, die keine mehr haben, zu durchbrechen. Die KollegInnen bei Renault - wo Beschäftigte verschiedener nationaler Standorte gemeinsam gegen eine Produktionsverlagerung demonstrierten - zeigen, wie's geht.

Weitere Informationen und Anmeldungen für die Fahrt nach Amsterdam bei:

SOV

1070 Wien, Kaiserstrasse 14/11

Tel.: 01/524 63 10

oder unter EuroMarsch Österreich

Tel.: 01/478 63 45

tes produktives Kapital und böses Finanzkapital, und fordert gleich einen Schluß des ersteren mit der ArbeiterInnenklasse. In Wirklichkeit gibt es aber nur ein Kapital, das sich je nach Gewinnerwartung entweder in der produktiven oder in der spekulativen Sphäre bewegt. Ihre besondere Bedeutung hat die Spekulation ja gerade durch den tendenziellen Fall der Profitrate gewonnen, und nur auf diesem Weg wäre ihre Bedeutung wieder zurückzudrängen.

Und genau das ist auch der Schlüssel zur Logik des Monetarismus bzw. der neoliberalen Wirtschaftspolitik. Lohnkürzungen, Deregulierung, Flexibilisierung, Reduktion der Kapitalsteuern etc. bringen ja gerade eine Erhöhung der Profite des Kapitals und jede Erhöhung des Profits geht unmittelbar und direkt auf Kosten des Proletariats. So gesehen ist der vorgeschlagene Pakt zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern offen reaktionär. Was ist nun aber mit den beiden letzten Punkten, die ja eine Umverteilung zugunsten der Arbeiterklasse fordern, und das klingt ja recht gut? Warum ist gerade heute ein solcher Reformismus illusorisch? Um diese Frage beantworten zu können, ist ein kleiner Exkurs über die Struktur und Funktionsweise der kapitalistischen Weltwirtschaft notwendig.

Der Weltmarkt

Das Prinzip der kapitalistischen Produktionsweise ist, wie gesagt, die Profitmaximierung und deren wichtigster Regel-

mechanismus ist das Prinzip der Konkurrenz. Konkurrenz gibt es nun zwischen den verschiedenen Kapitalien einerseits, die so um Anteile auf den Märkten kämpfen, andererseits gibt es diese Konkurrenz aber auch zwischen den verschiedenen kapitalistischen Nationalstaaten, die durch politische Maßnahmen die Konkurrenzfähigkeit ihrer Kapitalisten zu fördern versuchen. Die Herausbildung der Europäischen Union mit einheitlicher Währung (wenn es überhaupt soweit kommt) widerspricht dem überhaupt nicht, sondern ist gerade Ausdruck einer Notwendigkeit für das europäische Großkapital sich in größerem Rahmen zu organisieren, um so der Konkurrenz der beiden anderen Blöcke USA/Nafta und Japan/Ostasien begegnen zu können.

Hier zeigt sich übrigens auch der falsche Begriff der Globalisierung. In Wirklichkeit ist das Kapital in diesen drei Blöcken organisiert und die Konkurrenz zwischen diesen Blöcken ist stark im Zunehmen begriffen, wie beispielhaft der drohende Handelskrieg zwischen der USA und Japan um den Marktzugang für Telekommunikation und Elektronik für amerikanische Konzerne auf dem japanischen Markt zeigt. Außerdem gibt es zwischen den imperialistischen Zentren, die ja nur einen relativ kleinen Teil der Weltbevölkerung beherbergen, und der halbkoloniale Peripherie alles andere als Freihandel. Die GATT-Nachfolgerin WTO (World Trade Organisation) dient ausschließlich dem Aufbrechen der nationalen Märkte der halbkolonialen Länder, und

gemeinsam mit der Weltbank ist da auch schon einiges erreicht worden, während andererseits die imperialistischen Länder hohe Zollschränken gegen Importe aus den ärmeren Ländern aufgebaut haben.

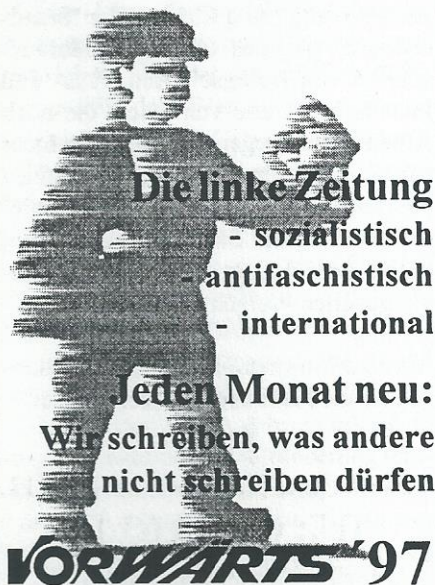
Mit der Entwicklung der Krise verstärkt sich nun auch der internationale Konkurrenzkampf, sowohl zwischen den Konzernen als auch zwischen ihren Staaten. Die Folge ist eine heimtückische und zugleich folgerichtige Abwärtsspirale. Die einzelnen Nationalstaaten versuchen die Lohnkosten soweit wie nur möglich - d.h. so weit das die ArbeiterInnenklasse zuläßt - zu senken, um so kurzfristige Produktivitätsvorteile zu erringen. Aber das tun alle Staaten, und was bleibt ist ein radikaler Kahlschlag durch die sozialen Einrichtungen, ein rasanter Rückgang der weltweiten Kaufkraft und in der Folge weitere Verwertungsschwierigkeiten für das Kapital. Aus dieser Spirale kann kein Staat der Welt entkommen, solange er innerhalb der kapitalistischen Logik verbleibt, weil hohe Lohnkosten tatsächlich eine massive Verlagerung der Produktion, ein massives Abwandern des Kapitals zur Folge haben.

Perspektivenlosigkeit der Gewerkschaft

Inzwischen ist auch die Naivität der GPA-Vorschläge leicht zu erkennen. Eine stärkere Besteuerung ist ja gerade nicht möglich; nicht von ungefähr brachte ja die letzte Steuerreform unter Führung der SPÖ den Unternehmen Erleichterungen im Ausmaß von 42 Milliarden öS. Und ebenso verhält es sich mit der Forderung nach höheren Löhnen, weil keine kapitalistische Regierung diesen Wettbewerbsnachteil in Kauf nehmen kann. Semperit ist hierfür ein gutes Beispiel. Conti hat die Maschinen in das tschechische Werk abtransportiert, weil dort die Löhne niedriger sind (und dann übrigens die Maschinen von dort noch weiter nach Osten gebracht, um weitere Lohnkostenvorteile zu erlangen), und dieses internationale Lohndumping wird solange weitergehen, bis die Existenz der kapitalistischen Wirtschaftsform selbst in Frage gestellt wird.

Der Umverteilungsreformismus der GPA wird eine leere Hülse bleiben, solange nicht die internationale ArbeiterInnenbewegung selbst diesen Reformismus auf die Spitze treibt und der kapitalistischen Produktionsweise ein Ende bereitet.

GERADE JETZT Vorwärts - die sozialistische Zeitung!



JETZT ABONNIEREN!

Spenden garantieren die Erscheinung von *Vorwärts* und **DIE EINHEIT!**

Mit Euren Spenden organisieren wir den Widerstand gegen Sozial- und Arbeitsplatzabbau!

**Spendenkonto
PSK 8812.733**

Schlampige (Arbeits-) Verhältnisse

Die Arbeitswelt wird immer unübersichtlicher und gesetzliche Schutzregelungen werden zusehends abgebaut, wodurch es für den/ die einzelne/n immer schwieriger wird, um seine Rechte zu kämpfen - oder sie auch nur zu kennen. Die (größeren) Unternehmen geben den wirtschaftlichen Druck auf die wirtschaftlich und politisch Schwächeren weiter, hier wären zum Beispiel eben die Pseudo-Selbständigen, die mit Werkvertrag und Gewerbeschein als sogenannte Sub-Unternehmer tätig sind, oder geringfügig Beschäftigte zu nennen. Es kommt zu einem immer stärkeren Aufweichen bzw. zur Abschaffung der "normalen" Dienstverhältnissen, die mit den "normalen" sozialen und politischen Rechten von ArbeitnehmerInnen verknüpft sind.

von Andrea Hollunder
SOV - OG Wien-Ost
Betriebsrätin
(Liste Offensiv in der OMV)

Die ÖGB-Führung und sogenannte "Betriebsrats-Kaiser" beschwichtigen oder leugnen die Dramatik der Entwicklung und tragen diese als politisch Verantwortliche gar mit. BetriebsrätInnen durchschauen den Dschungel der Arbeitsverhältnisse oft nicht - so mancher will das auch gar nicht. Unterschiedliche Arbeitsbedingungen und

Gewerkschaften ansetzen und die rechtlichen und sozialen Unterschiede, Diskriminierungen sowie die Deregulierung als Quelle der Entsolidarisierung erkennen, offen kritisieren und entsprechend handeln.

Die neue Werksvertragsregelung

Die neue Regelung (Sozialversicherungspflicht) für Werkverträge kann es eigentlich nicht geben, da "dienstnehmerähnliche Werkverträge" theoretisch nicht existieren. Entweder es liegt ein "echter" Werkvertrag vor, das heißt es wird für das Ergebnis bezahlt - oder es liegt ein Dienstvertrag vor, das heißt der Arbeitnehmer muß sich an Zeiten und Weisungen halten, wie und wo er seine Arbeit verrichtet. Der Arbeitnehmer kann einen Dienstvertrag auch dann einfordern (einklagen), wenn ein "Werkvertrag" abgeschlossen wurde, aber die Merkmale eines Dienstvertrages überwiegen. Genau hier liegt das Problem: In Zeiten, wo die Gewerkschaft im Betrieb praktisch nicht existent ist, wo BetriebsrätInnen eher um Wählerstimmen und die Gunst der Personalabteilungen buhlen,



-verhältnisse erschweren es aber den ArbeitnehmerInnen, um ihre Rechte zu kämpfen - und erleichtern es der Unternehmerseite, die ArbeitnehmerInnen gegeneinander auszuspielen - hier sollten die

als sich um tragische Einzelschicksale zu kümmern, ist es für den einzelnen nicht selbstverständlich, seine Rechte einfach einzuklagen. Und vor allem: Die Angst um den Job überwiegt meist.

Spaltung der Beschäftigten

So entstehen - vor allem in Großbetrieben wie der OMV - verschiedene Klassen von ArbeitnehmerInnen, die weit über die bisherigen Unterscheidung ArbeiterInnen/Angestellte hinausgehen.

Einige Beispiele:

- ArbeitnehmerInnen, die ein "normales" Dienstverhältnis mit der Firma haben (die wiederum in Teilzeit- und Vollzeitkräfte unterteilt werden oder zum Beispiel aufgrund des Eintrittsdatums unterschiedliche Rechte haben oder bei gleicher Tätigkeit unterschiedlich entlohnt werden).

- KollegInnen, die in der Firma arbeiten, aber eigentlich bei einer anderen Firma (zum Beispiel Personalverleihfirma) beschäftigt sind. Sie müssen wenigstens nach dem Kollektivvertrag, der in der Firma gilt, wo sie tatsächlich arbeiten, bezahlt werden (laut Arbeitskräfteüberlassungsgesetz).

- KollegInnen, die zwar wie alle anderen im Betrieb arbeiten, aber im Personalstand einer anderen Firma (oft einer Tochterfirma, zum Beispiel OMV Austria) beschäftigt sind. Die Unternehmenseite bezahlt dann einfach nur den (schlechteren) Kollektivvertrag, der in der Tochterfirma gilt. Den KollegInnen ist es zumeist wichtiger, einen halbwegs gesicherten Job zu haben, als die Bezahlung nach dem höheren Kollektivvertrag, der in der Beschäftigungsfirma gilt, einzufordern oder einzuklagen. Da hier argumentiert wird, daß die Betroffenen nicht zum Betrieb gehören, fühlen sich die meisten BetriebsrätInnen nicht zuständig.

Mit den Werkverträgen sparen sich die Unternehmer die Lohnnebenkosten!

KollegInnen, die einen Werkvertrag mit der Firma abgeschlossen haben. Für viele StudentInnen, die im Moment kein "normales" Arbeitsverhältnis wollen, ist das ein kleines, aber notwendiges Zusatzein-

kommen. Allerdings gibt es KollegInnen, die zwar dauerhaft in den Arbeitsprozeß eingebunden sind, ein gesichertes Dienstverhältnis (mit Sozialversicherung) wollen, aber nicht angestellt werden. Das Unternehmen spart einfach die Lohnnebenkosten.

Die neue Werkvertragsregelung erschwert in vielen Fällen die Lage dieser KollegInnen: Bekamen sie bisher immer neue (oft fingierte) Aufträge, so werden die Verträge nun oft nur noch ein oder zweimal über 2 Monate abgeschlossen - gerade so, daß nicht das gesetzliche Kriterium "Regelmäßigkeit" für den "Dienstnehmerähnlichen Werkvertrag" erfüllt wird. (Und diese Werkverträge sind dann meist auch noch fingiert, da diese, wenn man die konkrete Tätigkeit ansieht, nichts von einem "echten" Werkvertrag an sich haben.) Zigtausende Werktätige müssen mit solchen ungesicherten Arbeitsverhältnissen (keine Sozialversicherung, kein Kündigungsschutz, kein Arbeitnehmerschutz) ihr Auslangen finden. Die aktuelle Werkvertragsregelung, die wiederum nicht an der Existenz von sogenannten "Werkverträgen" rüttelt, behandelt dann verschiedene WerkvertragsnehmerInnen sehr unter-

schiedlich - wieder werden de facto Lohnabhängige, aber offiziell Selbständige, in verschiedene "Klassen" aufgespalten. Im Grunde kann man folgende Feststellung machen: Je sozial schwächer die Werktätigen sind, desto höher ist die Benachteiligung - man denke nur an die Ausnahmeregelung für Zeitungskolporteurs. Und wieder erklären sich die meisten BetriebsrätInnen für nicht zuständig.

ArbeitnehmerInnen, die bei Service- und Dienstleistungsbetrieben für große Unternehmen beschäftigt sind. Servicefirmen übernehmen oft dauerhaft ganze Leistungsbereiche (Outsourcing).

Die ArbeitnehmerInnen der Servicefirmen, die oft nur im "Kunden"-Unternehmen arbeiten, sind meist schlechter bezahlt als die KollegInnen im Großbetrieb - und das völlig legal, denn es kommt, wenn überhaupt, ein anderer Kollektivvertrag zur Anwendung. Zum Beispiel im Transportgewerbe wurde der Druck der größeren Unternehmen derart erhöht, daß viele ehemals lohnabhängig Beschäftigte in die sogenannte "Selbstständigkeit" getrieben wurden. Was dem Großunternehmen Kosten spart, heißt für die "Subunternehmer" und

deren Beschäftigte erhöhte (Selbst-) Ausbeutung, niedrigere Löhne und Reduzierung der sozialen Absicherung.

Werkverträge sind bereits gängige Praxis und bringen weitere Verschlechterungen für die Betroffenen!

Dieser Mechanismus wird in allen Wirtschaftsbereichen angewandt, sogar die Unternehmen, die im Besitz von Bund, Länder und Gemeinden sind, "sparen" Kosten auf diese Weise. Bei den öffentlichen Haushalten macht sich das derart bemerkbar, daß von Personal- zu Sachkosten umgeschichtet wird. Die Beauftragung von Subunternehmern und Werkvertragsnehmern ist zwar nicht billiger für die öffentlichen Haushalte, aber dafür folgt diese Politik der Ideologie der Privatisierung und Deregulierung.

Die grundlegenden Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit haben sich aber nicht verändert. Die hier geschilderten Auswüchse sind nur verschiedene Spielarten der gleichen Ausbeutung - die es zu bekämpfen gilt!

Jänner 97 ■

unser standpunkt

EuroMarsch-Märsche gegen Erwerbslosigkeit, Sozialabbau und Ausgrenzung

Am 14. Juni steht ganz Europa im Zeichen der Demonstration gegen Arbeitslosigkeit in Amsterdam. Aus allen Ländern Europas werden Erwerbslose, Beschäftigte, BetriebsrätInnen und Jugendliche nach Amsterdam strömen, um gegen die voranschreitende Arbeitslosigkeit in Europa zu demonstrieren.

Neben dem EuroMarsch Komitee-Österreich gründete sich auch eine BetriebsrätInnen-Gruppe. Unser Ziel ist es, die Anliegen und Thematik von EuroMarsch auch verstärkt in die Betriebe zu tragen. Zu diesem Zweck werden rund 500 Betriebe im Großraum Wien sowie alle "Krisen"-Betriebe Österreichs angeschrieben und informiert. Ziel soll natürlich nicht sein, nur Briefe zu schreiben, sondern vielmehr, daß die kritischen und aktiven BetriebsrätInnen den EuroMarsch unterstützen. Sollte das gelingen, kann an die nächste Hauptaufgabe

- Strukturen nach der Aktion in Amsterdam zu schaffen - herangegangen werden.

Damit wären dann günstige Voraussetzungen geschaffen, um endlich auch in Österreich eine Art Netzwerk kritischer, linker GewerkschafterInnen zu installieren. Das wird natürlich nicht so einfach zu bewerkstelligen sein, denn mittlerweile hat die ÖGB-Bürokratie, gemäß den Weisungen des "hauseigenen" EGB-Präsidenten Fritz Verzetnitsch, EuroMarsch einen Korb erteilt und die Zusammenarbeit verweigert. Als Grund gab der EGB an, daß dieses Bündnis nicht zu überlicken sei, sowie die Teilnahme von Gewerkschaften, wie der spanischen CGT, die nicht dem EGB angehören und die Maastrichtfeindlichkeit.

Desto mehr ist die "Courage" der GPA-Jugend zu bewerten, die trotzdem weiterhin am EuroMarsch festhält und unterstützt.



- Für ein Europa der Vollbeschäftigung und ein existenzsicherndes Einkommen für alle.
- Für die Schaffung neuer Arbeitsplätze - besonders in Bereichen wie Gesundheit, Bildung und Umweltschutz.
- Für eine massive Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnverlust und mit sofortigen Neueinstellungen.
- Für die Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze für Jugendliche.
- Für eine andere Verteilung des Reichtums, vor allem auf Kosten der Finanzspekulation.
- Keine ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse.
- Keine Flexibilisierung zu Lasten der ArbeitnehmerInnen.
- Keine Zwangsmaßnahmen gegen Erwerbslose.
- Gegen patriarchalische Ausgrenzung und Unterdrückung.
- Für grenzenlose Solidarität, für Existenzsicherung und freie Wahl des Arbeitsplatzes.

Die Märchen vom „Standort Deutschland“

Arbeitsplätze verschwinden ins globale Nichts. Glaubt man der Regierung, den Arbeitgeber-Verbänden und der Press, ist Deutschland für Unternehmer die reinste Hölle. Arbeit ist zu teuer, Steuern sind erdrückend. Arbeitsplätze müßten ins billige Ausland verlagert werden. Abhilfe könnten nur mehrjähriger Lohnverzicht, die Kürzung der Sozialleistungen und die steuerliche Entlastung der Unternehmer schaffen.

von Claus Ludwig, Köln
Sozialistische Alternative Voran
(Dezember 96)

Allerdings ist die Bundesrepublik nicht das einzige Land, in dem die ArbeitnehmerInnen dies tagaus, tagein hören. Schweden, Frankreich, die USA, Japan - fast jedes Land hat sein "Standortproblem". Werden in Schweden die Löhne gekürzt, wird das deutsche "Standortproblem" größer, müssen auch hier die Einkommen weiter fallen. Umgekehrt genauso. Wo endet die Abwärtsspirale für die ArbeitnehmerInnen - beim tschechischen Lohnniveau? Oder bei Arbeitszeiten und -bedingungen wie in Südostasien? Bei näheren Hinsehen entpuppen sich die Argumente für Lohnsenkungen als Märchen, die uns einschüchtern sollen.

Die steuerliche Belastung der Unternehmer ist zu hoch

Die steuerliche Belastung der Unternehmer war noch nie so gering wie heute. Die Unternehmenssteuern machen nur noch 7,6 Prozent des Steueraufkommens aus, die Lohnsteuer aber 34,7 Prozent. In immer stärkerem Maße finanzieren die ArbeitnehmerInnen den Staat. Nach Jahren offizieller Steuersenkungen schätzen die Steuerbehörden, daß Unternehmer und Reiche jedes Jahr 130 Milliarden DM an Steuern hinterziehen. Dazu kommt, daß es für im Ausland tätige Konzerne ganz einfach legal möglich ist, die Verluste in Deutschland anfallen zu lassen, um sich der Steuer zu entziehen. Wir versuchen, die Aufwendungen dort entstehen zu lassen, wo die Steuern am höchsten sind, und das ist im Inland." (BMW-Finanzchef Doppelfeld 1993).

Dazu kassieren gerade die Großkonzerne über 100 Milliarden DM Subventionen jähr-

lich. Außerdem plant die Regierung neue Steuererleichterungen für die Unternehmer und Reichen. Das gilt umso mehr für die Sozialversicherungen. Wegen der Massenarbeitslosigkeit finanzieren immer weniger ArbeitnehmerInnen mit gleichbleibenden Einkommen die Sozialsysteme. Gleichzeitig werden daraus viele Leistungen finanziert, für die die Systeme nicht eingerichtet wurden. Im Gefolge leerer Kassen werden Leistungen abgebaut, die Sozialsysteme kaputtgemacht. Die Unternehmer und Reichen ziehen sich mehr und mehr aus deren Finanzierung zurück. Obwohl immer mehr Menschen diese Sicherungen in Anspruch nehmen müssen, ist die Sozialquote - das Verhältnis der Sozialausgaben zum Brutto-sozialprodukt - in den letzten 20 Jahren gleichgeblieben. Von einer Kostenexplosion für die Unternehmer kann keine Rede sein.

Deutschland exportiert Arbeitsplätze

Unter dem Strich wurden mehr Arbeitsplätze in exportorientierten Branchen in Deutschland geschaffen als von deutschen Firmen im Ausland. Insgesamt wurden Arbeitsplätze abgebaut. Doch das betrifft auch die Branchen in anderen Ländern, in denen deutsche Konzerne investiert haben. Viele der Investitionen dienen auch nicht der Ausweitung der Produktion, sondern dem Kauf von Konkurrenten und damit der Konzentration und Rationalisierung.

Unter dem Strich werden in allen Ländern Arbeitsplätze durch Rationalisierung vernichtet. "Die Menschenleere moderner Industrieanlagen ist auch für Niedriglohnstaaten typisch." (Handelsblatt, Juli 96) Der Aufbau von Betrieben im Ausland ist eher ein Zeichen der Stärke der deutschen Konzerne als von deren Notlage. Eine Senkung des Lohnniveaus würde die Rationa-



Mitglied werden bei der SOV!

Die Sozialistische Offensive Vorwärts ist eine revolutionäre und sozialistische Organisation. Wir kämpfen für die Abschaffung des kapitalistischen Systems und für Sozialismus - also echte Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Sozialistische Offensive Vorwärts wurde 1996 gegründet - sie ist demnach eine noch junge Organisation. Trotzdem sind wir stolz auf unsere "alten" Wurzeln in der österreichischen und internationalen Arbeiterbewegung. Fast jedes wichtige soziale und demokratische Recht mußte mühsam "von unten" erkämpft werden. Tausende haben diesem Kampf - zum Beispiel im antifaschistischen Widerstand - ihr Leben gewidmet. Diese Traditionen wollen wir aufgreifen und weiterführen.

Die SOV ist eine Organisation von Menschen die, aktiv Widerstand gegen Sozialabbau und Rechtsruck zu organisieren: Als BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen, als Schül oder Klassen-SprecherInnen, als Kollegin oder Kollege, welche/r konsequent für die Interessen von ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen, Frauen und PensionistInnen eintritt. Wir wehren uns gegen das Gegeneinanderauspielen von Belegschaften, von jenen, die Arbeit haben und denen die keine haben, von In und AusländerInnen. Wir kämpfen international gegen die Auswirkungen der sogenannten Globalisierung und gegen das EU-Europa der Konzerne.

lisierung nicht verhindern, sondern nur die Profite erhöhen.

Betriebe werden ins Ausland verlagert, weil die Kosten hier zu hoch sind

Die Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland sind gestiegen, allerdings nicht in Billiglohnländern, sondern in anderen entwickelten Ländern wie den USA. Dort werden 90 Prozent der deutschen Auslandsinvestitionen getätigt. Der Grund: "Bei unseren Investitionsentscheidungen fragen wir aber zunächst, wo die Wachstumsmärkte sind." (Wunderlich, Bayer Le-

Inlandsbeschäftigten günstiger als bei denen, die sich nur wenig im Ausland engagieren." (Handelsblatt, 28.10.96)

Die "Standort"-Debatte ist die große Keule, die zum Niederdrücken von Löhnen und sozialen Leistungen geschwungen wird. Wir sollen gelähmt und unfähig werden, unseren Lebensstandard zu verteidigen.

Vieles ist übertrieben. Der deutsche Binnenmarkt, die hohe Produktivität und die Infrastruktur sind Gründe für Konzerne, die Produktion hier zu behalten. Bei der Verlagerung von Betrieben in andere Länder ist die Marktnähe viel wichtiger für die Kapitalisten als die Lohnhöhe. Die Kapital-

schärft sich die Konkurrenz auf globaler Ebene, der Zwang zur Kostensenkung steigt enorm.

Trotz zum Teil riesiger Profite lohnt sich für die Kapitalisten die Investition in eine Ausweitung der Produktion wegen der begrenzten Märkte kaum. Sie setzen ihr Kapital häufiger in den Kauf von anderen Firmen - verbunden mit Stilllegung von Kapazitäten - oder bei der Spekulation mit Aktien und Währungen ein. Sie versuchen, durch Senkung der Arbeitskosten - unserer Löhne und der Sozialabgaben - in der Produktion eine Rendite zu erzielen, die die Höhe der Zinseinnahmen aus Geldgeschäften erreicht. Insofern haben wir es mit einem globalen Investitions-Bummelstreik zu tun, den die Kapitalisten allerorten dazu nutzen, ihren Anteil am Volkseinkommen durch Erpressung zu vergrößern. Die dabei abgebauten Arbeitsplätze werden nicht in erster Linie ins Ausland verlagert, sondern ins Nirgendwo.

Die Standortdebatte "funktionierte"

Auch wenn viele Verlagerungsdrohungen Übertreibungen sind: Die Standort-Debatte funktioniert und ist eine große Gefahr. Die Spirale dreht sich abwärts, unsere Lebensbedingungen werden auf den Stand der 50er Jahre - und für viele noch schlimmer - zurückgeworfen. Wir werden in eine brutale Konkurrenz gegen die KollegInnen in anderen Ländern gehetzt.

Oftmals lassen Gewerkschaften sich auf die "Standort"-Propaganda ein, hoffen, mit Zugeständnissen einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Doch das führt zur Fortsetzung der Konkurrenz auf niedrigerem Niveau. Der internationale Zusammenschluß der Arbeiterbewegung, der gemeinsame Kampf über Ländergrenzen hinweg ist nötig. Die Weiterentwicklung der Produktivkräfte macht es möglich, allen Menschen ein vernünftiges Leben zu sichern. Im kapitalistischen Konkurrenz-System sind technische Fortschritte die Quelle von Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger und nicht von einer Steigerung des Wohlstandes. Schluß damit! Bauen wir eine internationale Arbeiterbewegung auf, die diese wahnsinnige Spirale in die Verelendung stoppt und den globalen Sozialismus erkämpft.

Kampf um jeden Arbeitsplatz!



Die "gerechte" Verteilung der Profite?

verkusen) Auch Daimler und BMW geben die Marktnähe und die Vorteile durch die Produktion in einem Dollar-Land als Gründe für ihre Fabriken in den USA an.

Selbst an einer Auto-Fabrik im Niedriglohnland Indonesien beteiligt sich BMW nach eigenen Angaben, um die Zollhindernisse dieses Landes zu umgehen und den Markt zu erreichen. Auslandsinvestitionen ziehen nicht zwangsläufig Arbeitsplatzabbau in Deutschland nach sich.

Die globale Erpressung

Oft ist das Gegenteil der Fall. "Bei den Unternehmen, die kräftig im Ausland expandieren, entwickelte sich die Zahl der

besitzer wollen die Umverteilung auf ihre Konten durch Arbeitsplatz-Erpressung gigantisch steigern. "Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode." Das Überangebot an Arbeitskräften ist enorm gestiegen. Dank großer Sprünge in der Produktivität kann mit immer weniger Menschen immer mehr produziert werden.

Dazu kommt, daß die inneren Märkte der jeweiligen Staaten immer weniger in der Lage sind, die enorm gesteigerte Warenmenge der eigenen Industrie zu kaufen. Einziger Hoffnungsfaktor für einen wirtschaftlichen Aufschwung ist der Export. Das heißt, daß die Produktion von Gütern und Dienstleistungen in stärkerem Maße auf den Weltmarkt gerichtet ist. Damit ver-

Südkorea: Die Krallen der Arbeiterklasse

Südkorea - das Land des Wirtschaftswunders, der niedrigen Löhne und des Konfuzionismus, der Tiger der zur harten Konkurrenz wird. Aber es gibt auch ein anderes Südkorea - jenes der Diktatur, der staatlichen Repression und auch der Kämpfe von ArbeiterInnen und StudentInnen. Nachdem Südkorea jahrzehntelang den ArbeiterInnen in Westeuropa und den USA als Beispiele für Genügsamkeit, Arbeitsinsatz und Billigkeit verkauft wurde hat es sich nun tatsächlich zum Vorbild für Millionen ArbeiterInnen auf der ganzen Welt entwickelt. Als jenes Land, in dem hunderttausende ArbeiterInnen der Regierung in monatelangen Streiks ihren Protest demonstrierten.

von Sonja Grusch
SOV-OG Wien Nord

Am 26. Dezember 1996 hatten die Abgeordneten der regierenden Neue-Korea Partei (KKP) in einer Nacht- und Nebelaktion in nur sechs Minuten ein ganzes Paket von Gesetzen verabschiedet, mit denen einerseits die Grundlagen für den Beitritt zur OECD und andererseits eine Erhöhung der Profite ermöglicht wurde. Die Oppositionsparteien wurden erst gar nicht von der Sitzung informiert. Präsident Kim Young Sam, einst selbst engagiert für mehr demokratische Rechte und der erste gewählte Präsident, setzte nun unter dem Druck der Wirtschaft auf Ausschluß der Opposition.

Die "Globalisierung" schlägt zu

Die Ursachen für dieses Gesetzespaket sind uns nur allzu bekannt. Einerseits seien die neuen Gesetze laut Präsident Kim Young Sam erforderlich, "um die Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten der Globalisierung" zu erhalten. Gemeint ist damit die immer stärkere Konkurrenz von Seiten Chinas und der Drachenstaaten, in denen die Arbeitskraft billiger gekauft werden kann. Während Südkorea früher wegen seiner niedrigen Löhne Produktionsstätten aus Japan anzog, verlagern heute auch südkoreanische Firmen ihre Produktion in noch billigere Länder aus. Dem soll durch die Möglichkeit zur verstärkten Ausbeutung der Arbeitskraft entgegengewirkt werden. Andererseits bot die mit 1.1.97 beginnende Mitgliedschaft Südkoreas in der OECD einen

willkommenen Grund für die Verabschiedung der Gesetze. Im Zuge dieses Beitritts verpflichtete sich Südkorea, "seine Arbeitsgesetze und Regelungen über die industriellen Beziehungen in Einklang mit international akzeptierten Standards zu bringen".

Wirtschaftswunder Südkorea

Südkorea erlebte seit den 60er Jahren einen fast beispiellosen wirtschaftlichen Aufstieg. Aus dem Kreis der ärmsten Länder erlebte es binnen weniger Jahrzehnte den Aufstieg in die Spitze der Weltwirtschaft, aber auch drastische Veränderungen der sozialen und ökonomischen Strukturen. Der Grund für dieses Wirtschaftswunder liegt aber keinesfalls an der Fähigkeit des Kapitalismus, die Menschheit weiterzubringen, sondern in den handfesten politischen Interessen der USA. Nach den Revolutionen in China und den Kriegen in Korea und Vietnam wurde Südkorea aufgrund seiner strategisch wichtigen Rolle massiv von den USA unterstützt.

Die USA erhielt - indem sie die herrschende Klasse zu einigen Zugeständnissen vor allem im Bereich der Landreformen zwang - eben dieser Klasse die Macht. Diese Reformen dienten zum Ablassen des revolutionären Drucks aus dem Dampfkessel

Südostasien und zur Bereitung des Bodens für den Aufbau kapitalistischer Strukturen. Die milliarden schwere finanzielle, technologische und militärische Hilfe der USA diente zum Aufbau eines kapitalistischen Musterlandes, das in der Systemkonkurrenz präsentiert werden konnte.

Einen weiteren zentralen Faktor für die enormen Wachstumszahlen stellte der Staat dar. Seit Ende der 50er Jahre kam es zu massiver staatlicher Intervention in alle Bereiche der Wirtschaft. Dazu gehörte Bereitstellung von Infrastruktur, Krediten und Protektionismus, um den Markt vor Importen zu schützen. Gigantische staatliche Subventionen und staatliche 5-Jahres-Pläne waren ebenso wichtig wie die Unterdrückung von gewerkschaftlicher und linker Opposition.

Aber angesichts der immer schwierigeren Situation der Weltwirtschaft und vor allem der extremen Abhängigkeit der südkoreanischen

Wirtschaft von Exporten (vor allem auf den momentan krisengeschüttelten Chip-Markt), gekoppelt mit

Damit diese Gewerkschaftszeitung auch weiterhin bestehen kann sind wir auf Eure Hilfe angewiesen - wir brauchen Geld und Informationen aus den Gewerkschaften und Betrieben.

Schreibt uns über Eure Erfahrungen und Probleme. ♦

der Öffnung des Binnenmarktes steht die südkoreanische Wirtschaft heute geschwächt dar. Für 1997 wird mit einem Wirtschaftswachstum von rund 5% gerechnet - ein Wert, der zwar für Westeuropa bereits traumhaft hoch wäre, für Südkorea aber dramatisch niedrig liegt. Eine wirtschaftliche Situation, die die Grundlage für die neuen Gesetze schuf.

Streikwelle

Unmittelbar nach Bekanntwerden der neuen Gesetze rief die KCTU, die unabhängige

ge Basisgewerkschaft mit rund 500.000 Mitgliedern, zum Streik auf. Seither gingen hunderttausende ArbeiterInnen in mehreren Streikphasen über viele Wochen hinweg auf die Straße. Auch die staatlich anerkannte - also gemäßigte - Gewerkschaft FCTU mit rund 600.000 zahlenden (und 1.200.000 insgesamt) Mitgliedern schloß sich den Generalstreiks an. Die Beschäftigten der großen Industriekonglomerate, der Chaebuls, wie Daewoo und Hyundai streikten ebenso wie die Bankangestellten und die LehrerInnen, denen jede gewerkschaftliche Organisation verboten ist, aber auch das Küchenpersonal in den Spitätern sowie Radiomoderatoren und die StudentInnen, die für ihre Militanz weltweit bekannt sind. Über 80% der Bevölkerung unterstützten die Bewegung, vor allem über Internet und Fax strömen auch internationale Solidaritätsmeldungen ein.

Die Streikwelle ist auch ein Schlag ins Gesicht jener "Wissenschaftler", die den Konfuzionismus als Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung sehen. Nach ihren Vorstellungen ist die asiatische Gesellschaft von Harmoniebedürfnis, starren Traditionen und Hierarchien (und deren Anerkennung) sowie dem Stellen des Gesamt-

über das Einzelwohl geprägt. Eine Vorstellung, die durch die jahrzehntelange Gewerkschaftstradition und vor allem durch die jetzige Streikbewegung wieder einmal entlarvt wurde!

Staatliche Repression

Was die Bewegung für Präsident Kim Young Sam, die Regierung aber vor allem auch das Kapital so gefährlich macht, ist die Tatsache, daß es sich nicht um einen schlichten Streik um ökonomische Punkte wie die Lohnhöhe oder Arbeitsbedingungen handelt, sondern um einen politischen Streik, der die Macht der Herrschenden in Frage stellt. Die Macht der Arbeiterklasse ist durch die Streikwelle eindrucksvoll demonstriert worden. Das macht Angst - nicht nur der nationalen Kapitalistenklasse, sondern dem Kapital international. So ist auch der relative Medienboykott - außer einigen kurzen Berichten, die allerdings die politische Komponente des Konfliktes völlig ausklammerten, wurde Totschweigen praktiziert - zu verstehen. Der südkoreanische Staat ist auch in der Vergangenheit schon mit Gewalt und Repression gegen Oppositionelle vorgegangen - so auch diesmal. Tränengas und Schlagstöcke, Haftbefehle

gegen Gewerkschafter, Bespitzelung von Regimekritiker (selbst noch im Ausland) stehen auf der Tagesordnung. Tagelang umstellt von tausenden Polizisten der Sondereinheiten und verteidigt von tausenden Streikenden wurde die Myongdong Kathedrale in der sich gesuchte Gewerkschafter versteckt hielten zum Symbol des Widerstandes.

Das Regime ist gefährdet

Zu der Krise des Regimes, ausgelöst durch die Massenstreiks, kommt nun noch ein Korruptionsaffäre deren Ausmaß noch nicht absehbar ist. Der 14. größte Chaebol - Hanbo Stahl - ist, nachdem er lange Zeit stark vom Staat subventioniert wurde (während gleichzeitig hunderte kleinerer Unternehmen aus Geldmangel eingingen), am 18. Februar endgültig zusammengebrochen. Tatsache ist, daß alle Chaebuls extrem hoch verschuldet sind - mehr als zwei Drittel der Ausgaben werden mit geborgtem Geld beglichen. Die Banken geben Kredite oft nur noch nach politischer Intervention oder ebenfalls Bestechungsgeldern her (die Vorsitzenden von zwei der größten Banken, involviert in die Korruption und der Gründer von Hanbo-Stahl sollen rund 50 Millionen Schilling erhalten haben). Untersuchungen haben ergeben, daß der Sohn des Präsidenten sowie Regierungsmitglieder in Bestechungsaffären involviert sind. Abgesehen von den politischen Auswirkungen hat der Zusammenbruch auch wirtschaftliche Auswirkungen. Seit Mitte Februar hat die koreanische Zentralbank bereits 7,1 Milliarden Dollar ins Finanzsystem gepumpt, um eine Kettenreaktion zu verhindern. Zusammen mit der Stagnation der Wirtschaft, einem Handelsdefizit mit Rekordwerten und einem Rückgang der Nachfrage auf dem Binnenmarkt macht das den Grund, auf dem südkoreas System gebaut ist sehr instabil.

Neue Arbeiterpartei

Die Bewegung 1996/97 hat viel gelernt aus den Erfahrungen von 1987. Die damalige Streikbewegung - wenn auch enorm militant - war nicht annähernd so gut organisiert wie die heutige und damals konnten liberale Oppositionspolitiker - u.a. der heutige Präsident Kim Young Sam selbst - die politischen Früchte ernten. Viele der heutigen KämpferInnen und vor allem die KCTU sind die "Veteranen" von 1987 die Erfahrung mit Kämpfen, Repression und Gefäng-

§ Die Gesetze §

Das Gesetzespaket umfaßt eine Reihe von Maßnahmen, im wesentlichen drei Bereichen:

☛ **Flexibilisierung und Liberalisierung = Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.**

☛ **Gesetze zur weiteren Einschränkung gewerkschaftlicher Tätigkeit.**

☛ **Gesetze zur weiteren Einschränkung allgemein linker, kritischer Tätigkeit.**

Konkret bedeutet das:

- Überstunden müssen nicht mehr bezahlt werden.
- jederzeitige Beschäftigung von ZeitarbeiterInnen.
- die Möglichkeit, die Wochenarbeitszeit

von bisher 44 auf 56 Stunden zu verlängern.

- ein Ende des Kündigungsschutzes und der koreanischen Tradition auf lebenslangen Arbeitsplatz (was aufgrund des Fehlens eines Sozialsystems verheerende Folgen hätte).
- Nichtbezahlung von streikenden ArbeiterInnen.
- die Möglichkeit für den Einsatz von Streikbrechern.
- die Verlängerung des Verbotes der unabhängigen Gewerkschaft KCTU bis zum Jahr 2000.
- Verbot der Mitgliedschaft in Gewerkschaften für entlassene ArbeiterInnen.
- die "dritt Parteien Regelung", die es den Gewerkschaftern untersagt, in einem betrieblichen Konflikt zu intervenieren, wenn sie nicht Beschäftigte dieses Betriebes sind.
- weitreichende Befugnisse für den koreanischen "CIA" gegen GewerkschafterInnen und Linke.

nis haben. Durch die Proteste konnte erreicht werden, daß einige der Gesetze wieder zurückgenommen werden mußten - ein Großteil des Machwerks ist allerdings nach wie vor in Kraft. Daher plant die KCTU auch beginnend mit dem 1. Mai eine neue Protestwelle. Hatten die Streiks als Protest gegen die Gesetzesänderungen begonnen, so gehen die Ziele heute weiter und wird u.a. das Ende von Kims Herrschaft gefordert. Sie spiegeln die tiefe Krise des koreanischen Kapitalismus wider. Durch die Entwicklung des Kapitalismus ist auch eine starke Arbeiterklasse entstanden. Und durch die vorteilhafte wirtschaftliche Entwicklung konnten auch Verbesserungen des Lebensstandards erkämpft werden. Doch dafür ist heute aufgrund der Verlangsamung des südkoreanischen Wachstums der Spielraum eng geworden. Dementsprechend kann auch keine der (allesamt bürgerlichen) Oppositionsparteien eine wirkliche Vertretung der Hunderttausenden auf der Straße sein. Und doch braucht die koreanische Arbeiterklasse eine Partei.

Für die im Dezember stattfindenden Präsidentschaftswahlen im Dezember stellt sich ebenfalls die Frage eines alternativen, eines Kandidaten der ArbeiterInnenklasse. Die Gründung einer Arbeiterpartei wird aber auf eine Reihe von Problemen - angefangen mit der massiven staatlichen Repression, die jede linke Propaganda als Spionagetätigkeit von Nordkorea diffamiert - verbunden. Nichtsdestoweniger ist sie dringend notwendig. ■

Gewerkschafts Stammtisch

Wir sind eine Gruppe von GewerkschafterInnen und an Gewerkschaftsarbeit interessierten Menschen. Wir sprechen über aktuelle Fragen der ArbeiterInnenbewegung, über den ÖGB usw....

Wir wollen ein Netz von engagierten GewerkschafterInnen aufbauen. Wir wollen uns einmischen und Aktivitäten planen. Voraussetzung für unsere Aktivität ist Information. Und diese wollen wir uns beschaffen und anderen anbieten.

**Wir treffen uns jeden
2. und 4. Mittwoch im Monat
Thema, Ort und Uhrzeit im SOV-Büro
erfragen! Tel: 01/524 63 10 oder
entimmst Du dem beiliegendem
Flugzettel**

Das 9 Punkte-Programm für mehr Arbeitsplätze (oder mehr Arbeitslose?)

Bundeskanzler Viktor Klima hat ein Neun-Punkte-Programm für mehr Arbeitsplätze vorgestellt. Mit diesem Programm vollzieht er programmatisch eine Wende, die realpolitisch schon längst stattgefunden hat. Eine Wende zugunsten der Unternehmer!

von Stefan Kerl,
SOV OG-Wien Nord

In den 70er und teilweise noch in den 80er Jahren sah die SPÖ - theoretisch - die Aufgabe des Staates auch in einer Umverteilungsfunktion. Durch Steuern und Sozialleistungen sollte der erwirtschaftete Reichtum von oben nach unten umverteilt werden. Sehr weit her war es mit dieser Umverteilung nicht; schon damals stiegen die Profite stärker als die Löhne. Das Ziel war ja auch nicht, daß es allen gut geht, sondern die Nachfrage zu erhöhen und dadurch die Wirtschaft anzukurbeln.

Das Programm von Klima bedeutet auch auf der theoretischen Ebene einen klaren Bruch mit diesem klassisch "reformistischen" Ansatz. Arbeitsplätze sollen nicht durch erhöhte Nachfrage und somit höhere Produktion, sondern durch "Standortvorteile" für Unternehmen geschaffen werden. Man setzt also die Steuern nicht mehr als Instrument der Umverteilung ein, sondern senkt sie - für die Unternehmer. Bezahlten darf die Standortvorteile die ArbeiterInnenklasse: Mit sinkenden Real-löhnen, längeren Arbeitszeiten und dem "Stopfen" der Steuerlöcher, welche die Unternehmer hinterlassen.

Klima erfüllt FPÖ-Forderungen!

Ein wesentlicher Punkt Klimas ist, die für die Unternehmer so lästige "Bürokratie" abzubauen. "Hindernisse" für die Unternehmer sollen aus dem Weg geräumt werden. Langjährige FPÖ-Forderungen drohen jetzt erfüllt zu werden. Denn zu diesen Hindernissen gehören z.B. Vorschriften im Umwelt- und ArbeitnehmerInnenschutz und Arbeitszeitregelungen. Bei letzteren wurde ja in den letzten Wochen schon ein Durchbruch erzielt. Es ist mittlerweile in fast allen Branchen erlaubt, 10 Stunden pro Tag

zu arbeiten (früher 8). Auch die Sonntagsarbeit ist seit kurzem leichter möglich.

Exporteure sollen gefördert werden. Einerseits durch die Maastrichtkriterien (die schon bisher tausende Arbeitsplätze z.B. im öffentlichen Dienst kosteten), andererseits durch Exportförderungen, die aus unseren Steuern finanziert werden. Durch die Steigerung der Exporte soll versucht werden, auf neue Märkte im Ausland auszuweichen, um so die durch Sparpakete und Massenarbeitslosigkeit sinkende Nachfrage im Inland auszugleichen.

Österreich soll Technologiezentrum werden; aber gleichzeitig werden in der Forschung und auf den Universitäten die Budgets gekürzt!

Eine weitere Forderung: Förderung der Forschung und dadurch Entwicklung neuer Technologien: Österreich soll zum "Technologieexporteur" werden. Schöne Worte, doch die Realität sieht anders aus: Erstens werden die öffentlichen Mittel für Bildung drastisch gekürzt. Die Förderung der Akademie der Wissenschaften wurden Ende März um acht Prozent gekürzt. Das statistische Zentralamt schätzt, daß die Ausgaben für Forschung und Entwicklung heuer niedriger als im Vorjahr (1,5 % des BIP) sein werden. Zweitens führen technologische Neuerungen - wie die Erfahrungen der letzten Jahre beweisen - nicht zur Schaffung neuer, sondern zur Rationalisierung bestehender Arbeitsplätze. Die SPÖ der 90er Jahre verschreibt sich neoliberalen Konzepten und sieht die einzige Aufgabe des Staates darin, gute Standortbedingungen für Unternehmen zu schaffen. Die SPÖ wird mit dieser Politik alles mögliche schaffen - nur keine neuen Arbeitsplätze. Der einzige mögliche Lösungsansatz besteht für uns in der sofortigen Aufteilung der vorhandenen Arbeit durch drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. ■

Sozialpartner-Vereinbarung zur Einführung von Flexzeit: Sozialpartnerschaft im Aufwind?

"Im Arbeitszeitgesetz wollten die Arbeitgeber die Kollektivverträge und die Gewerkschaften ausschalten, um die Arbeitszeit diktieren zu können. Das haben wir verhindert! Das neue Arbeitszeitgesetz legt fest, daß die Arbeitszeit nur im Kollektivvertrag geregelt wird. Dafür gibt das Arbeitszeitgesetz einen Rahmen vor." So schreibt der Vorsitzende der Gewerkschaft Metall, Bergbau und Energie Rudolf Nürnberger, im März 1997 an die Mitglieder "seiner" Gewerkschaft über den "Erfolg" der Sozialpartner-Vereinbarung zur Einführung flexibler Arbeitszeiten.

Thomas Kerschbaum
Personalvertreter, GdG-Mitglied

Die ÖGB-Führung (und die Vorsitzenden der großen Einzelgewerkschaften) haben sich im Februar 1997 mit der Wirtschaftskammer (WK) nicht nur über die konkreten Richtlinien der Flexibilisierung der Arbeitszeit (AZ) geeinigt, sondern auch über ein Schlichtungsverfahren, falls keine Einigung in den KV-Verhandlungen zustande kommt. In Österreich gibt es keine festen Regeln für die KV-Verhandlungen.

Der Weg der "Sozialpartnerschaft"

Wenn also Fachgewerkschaften den KV-Abschluß über die Einführung von flexiblen AZ ablehnen oder andere Konditionen verlangen (z.B. Zeitgutschriften oder teilweise Überstundenbezahlung), dann könnte die Einführung von Flexzeiten verhindert oder zumindest hinausgeschoben werden. Und wenn dann noch die Fachgewerkschaften kampfbereit wäre, könnte daraus ein wirklicher Konflikt, vielleicht sogar ein Arbeitskampf entstehen. Regierung, Wirtschaftskammer, bürgerliche Zeitungen und Parteien - alle waren alarmiert. Der Weg der "Sozialpartnerschaft" muß weitergegangen werden und das heißt: Verhandlungen zwischen den Führungen von ÖGB und WK, hinter verschlossenen Türen, keine Informationen an die BetriebsräteInnen und an die Öffentlichkeit. Diese Art der Vereinbarung kann nur funktionieren, wenn die Basis der Gewerkschaften jedes Verhandlungsergebnis diszipli-

niert mitträgt und loyal zu der Führung steht - auch wenn sie überhaupt nicht in den Prozeß der Meinungsfindung und Verhandlung eingebunden war.

Regierung macht Druck

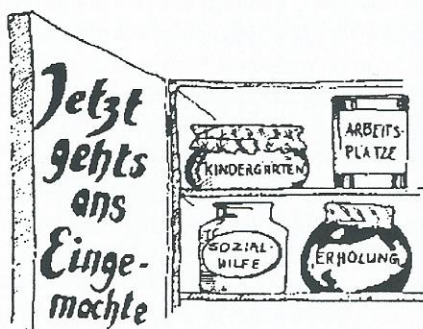
Vor der Einigung über die Rahmenbedingungen zwischen ÖGB-Führung und WK stand ein Streit über die Einführung. Worum ging es bei diesem Streit? Die SPÖ- und ÖGB-Führung bestanden noch darauf, daß vor Einführung von flexiblen AZ-Model-

ÖGB unter politischen Druck, doch endlich die Flexibilisierung der AZ "flexibler" einzuführen.

Die ÖGB-Führung mußte natürlich die staatliche Regelung ablehnen, damit sie die politische Kontrolle über die Einführung von flexiblen AZ nicht gänzlich verliert. Gefangen in den Vorstellungen der Sozialpartnerschaft, daß immer ein "vernünftiger" Kompromiß zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen möglich ist, erfand die ÖGB-Führung ein Schlichtungsverfahren, das im Streitfalle aktiviert werden soll. So kann ein kampfloses Zurückweichen des ÖGB gegenüber der Mitgliedschaft und nach außen noch als "Erfolg" verkauft werden.

Was heißt Schlichtung?

Die Gewerkschaften werden Teil eines komplizierten Systems von Verhandlungen und Schlichtungskommissionen, die wie in Deutschland oft auch gesetzlich abgesichert werden (zum Beispiel: Verbot von sogenannten politischen Streiks, zwingende Schlichtungsverfahren mit Friedenspflicht). Man kann sicher sein, daß, wenn der ÖGB diese festen Verhandlungsregeln (Schlichtungsstellen, Streikverbote) nicht von sich aus akzeptiert, sofort dementsprechende Gesetze von ÖVP, FPÖ und LIF gefordert bzw. eingeführt werden würden. Der Zwang zu festen Regeln von Verhandlungen und Schlichtung heißt nichts anderes, als daß man jede spontane Aktion von Beschäftigten und Gewerkschaften unterbinden, diese fest in ein politisches Korsett einschnüren und knebeln will. Der bürgerliche Staat und die politischen Vertreter der Kapitalisten versuchen nicht nur, Proteste und Streiks auf diese Weise zu verhindern, sondern auch die Gewerkschaftsbewegung zu bürokratisieren und in eine quasi-Verwaltung des Staates zu verwan-



len ein Kollektivvertrag (KV) abzuschließen sei. WK und ÖVP-Politiker wollten aber, daß immer auch nur Betriebsvereinbarungen genügen.

Der Bundeskanzler verfiel auf die Möglichkeit der "erzwingbaren Kollektivverträge" (in Anlehnung der "erzwingbaren Betriebsvereinbarung", wo im Streitfall eine richterliche Schlichtung vorgenommen würde) und gab diese "Idee" anscheinend ohne Rücksprache mit dem ÖGB der Presse weiter. Auf diese Weise setzte er den

deln. Man denke nur, welche Rolle die ÖGB-Führung in den Sozialversicherungen, die ja in Form der sogenannten "Selbstverwaltung" gemeinsam mit den Unternehmervertretern geleitet werden, spielen. Solche Schlichtungsstellen, "freiwillig" oder mit Zwang akzeptiert, sind abzulehnen, weil sie eine institutionelle Unterwerfung der Gewerkschaften unter ein System der Kontrolle, des Zwangs und Bürokratie bedeuten.

Solche Schlichtungskommissionen erschweren Arbeitskämpfe und bedeuten einen Rückschritt für gewerkschaftliche Rechte in der Gesellschaft und in den Unternehmen. Wenn die Gewerkschaften und Betriebsräte für Forderungen eintreten und kämpfen wollten, warum sollten sie etwas akzeptieren, was den Kampf erschwert und ihnen Zwangsregelungen aufbürdet?

"Sozialpartner"-Vereinbarung

Die "Vereinbarung" zwischen dem ÖGB und der WKÖ über die Einrichtung eines Vermittlungsverfahrens im Zusammenhang mit der Azgeseznovelle 1997 sieht u.a. folgendes vor:

"Ein Vermittlungsverfahren kommt nur für solche Branchen in Betracht, die einen aufrechten Kollektivvertrag haben und die sich über Fragen im Zusammenhang mit der Durchrechnung der wöchentlichen AZ (§§ 4 und 4a AZG) nicht einigen konnten. Antragsberechtigt auf Seite der Arbeitgeber ist der in Betracht kommende Fachverband (Bundesgremium Bundesinnung), nicht aber die Körperschaft auf Landesebene, auf Seiten der Arbeitnehmer der ÖGB. Ein Antrag auf Flexibilisierung kann erst nach einer bestimmten Zeit eingebracht werden. Danach richten ÖGB und WK einen Vermittlungsausschuß ein, der innerhalb von 4 Wochen einen Vorschlag ausarbeitet. Kommt es zu keinem einvernehmlichen Vorschlag oder wird der Vorschlag von einem der Kollektivvertragspartner oder von beiden abgelehnt, so wird der Vermittlungsausschuß erweitert und berät dann 6 Wochen.

Die zentrale ÖGB-Führung gewinnt an Macht

"Wird der vom erweiterten Vermittlungsausschuß erstellte Lösungsvorschlag nicht binnen 6 Wochen von den Kollektivvertragspartnern umgesetzt, schließen ÖGB und WKÖ einen Kollektivvertrag ab, durch

den in der betroffenen Branche die Betriebsvereinbarungen im Falle des Fehlens eines Betriebsrates die Einzelvereinbarungen ermächtigt wird, den Lösungsvorschlag auf betrieblicher Ebene umzusetzen. En solcher Kollektivvertrag soll einer Satzung nicht entgegenstehen; gegebenenfalls wäre der Geltungsbereich anzupassen."

Die ÖGB-Bürokratie stellt sich noch weiter über die Fachgewerkschaften!

Die Führung des ÖGB kann also die Fachgewerkschaften, falls sich diese einer Flexibilisierung widersetzen sollten, übergehen und auch Betriebsvereinbarungen genehmigen. In der Präambel der Vereinbarung steht, daß beide Vertragspartner die "Erweiterung der Flexibilisierung der Arbeitszeiten" anstreben. Das Credo der GMBE-Führung ist: "Flexibilisierung ist ein notwendiger Schritt, um unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig zu erhalten und die Arbeitsplätze zu sichern. Die Betriebe müssen Schwankungen in der Auslastung und kurzfristige Aufträge bewältigen können, ohne ständig Personal ab- und aufzubauen.

Zudem müssen Entlastungen bei den Arbeitskosten unsere Lohnstückkosten gegenüber Konkurrenzländern verbessern. Somit ist flexiblere Arbeitszeit eine Voraussetzung, daß unsere Wirtschaftskraft gestärkt wird und der Industriestandort Österreich attraktiv bleibt." (Zitat aus der Gewerkschaft MBE-Mitgliedszeitung, März 97). Und wer diesem Glaubenssatz nicht folgen will, wird sich den Weisungen der ÖGB-Zentrale schon fügen müssen, oder? Jedenfalls wieder einmal eine passende Gelegenheit, über die Rolle des "mächtigen" ÖGB sowie über die Bedeutung der Kollektivverträge nachzudenken. ■

P.S.: Wenn Du die "Sozialpartner-Vereinbarung" im Originalwortlaut haben willst, schreib einfach an die Einheit-Redaktion. Wir halten die Flexibilisierung der Arbeitszeit für ein zentrales Thema der ArbeiterInnenbewegung und möchten auch Deine Meinung wissen. Also: LeserInnenbriefe schreiben. Noch heute.

Aufschwung für Millionäre



Abschwung für Millionen

Guten Morgen ÖGB!

Schläft der ÖGB? Statt der Interessen der Mitglieder verteidigt die ÖGB-Führung die Sozialpartnerschaft und die Sozialabbaupolitik der Regierung. Hinter verschlossenen Türen wird der Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten ausgemaschelt - wie z. B. die Abschaffung des 8-Stunden-Tages. KollegInnen, die kämpfen wollen, finden im jetzigen ÖGB kaum einen Bündnispartner.

Unabhängige und linke GewerkschafterInnen haben in den undemokratischen Strukturen einen schweren Stand. Die deutschen Unternehmer wollten die Lohnfortzahlung im Krankenstand kürzen - Streiks haben das verhindert. Gemeinsam mit anderen BetriebsrätInnen und GewerkschaftsaktivistInnen treten wir von der SOV für einen Kurswechsel und den Aufbau einer Opposition im ÖGB an!

Wo ihr uns treffen könnt:

Ortsgruppe Wien Süd/Mitte:

jeden Mittwoch 19 Uhr
"Amerlinghaus", Stiftg.8

Ortsgruppe Wien West:

jeden Dienstag 19.30 Uhr
"Club International" 16; Payerg.14

Ortsgruppe Wien Nord:

jeden Freitag 19.30 Uhr
"Cafe Spectrum" 2; Arnezhofersg.8

Ortsgruppe Wien Ost:

jeden Dienstag, 19.30 Uhr
"Zentrum Erdberg" 3; Lechnerstr.2-4

Gewerkschaftsstammtisch:

jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat,
"Zentrum Erdberg"; 19 Uhr
3; Lechnerstr.2-4

FrauenStammtisch:

jeden 2. und 4. Montag im Monat,
"Zentrum Erdberg"; 19 Uhr
3; Lechnerstr.2-4

Oberösterreich - Wels:

jeden Samstag 15 Uhr
"Haus der internationalen Jugend"
Grünbachplatz 5 (Nähe Bahnhof)

Niederösterreich - Wr. Neustadt:

jeden Donnerstag 19 Uhr
Bahnhofsrestaurant Wr. Neustadt

Auszug aus dem Programm der FIET zum Thema sexuelle Belästigung

Im Hinblick auf den Artikel über sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz beschäftigen wir uns verstärkt mit diesem Thema. Wir suchen verstärkt Gewerkschaftsaussendungen und -publikationen, die sich mit sexueller Belästigung beschäftigen. Schließlich wurden wir auf den Internet-Seiten der FIET (Internationaler Bund der Privatangestellten) fündig und bringen hier den Auszug aus dem Programm der FIET, der sich mit sexueller Belästigung am Arbeitsplatz beschäftigt.

Sexuelle Belästigung

135. Sexuelle Belästigung ist oft eine Machtdemonstration, mit der ein/e Kollege/in geängstigt, erniedrigt oder verunglimpft werden soll. Sie ist eine Form der Verfolgung, die in der Arbeitsumwelt zu wachsender Besorgnis Anlaß gibt.

136. Normalerweise sind Frauen die Zielscheibe der sexuellen Belästigung. Durch diese Art der Belästigung kann ein gespanntes und unsicheres Arbeitsumfeld entstehen, das bei dem Opfer seelischen und körperlichen Streß oder auch eine unangenehme Atmosphäre für andere Mitarbeiter/innen verursachen kann.

Die gesundheitlichen Folgen für die Opfer sexueller Belästigung können ernst sein und zu Depression, Schlaflosigkeit und anderen streßbedingten Störungen führen. Auch können Arbeitsleistung und Zufriedenheit am Arbeitsplatz beeinträchtigt werden.

137. Die FIET wird sicherstellen, daß die Frage der sexuellen Belästigung von den Gewerkschaften auf internationaler Ebene aufgegriffen wird.

138. Die FIET-Mitgliedsorganisationen sollten:

a) die Frage der sexuellen Belästigung auf nationaler Ebene aufgreifen und ihren Mitgliedern unmißverständlich klarmachen, daß es sich um ein von den Gewerkschaften

ten ernstzunehmendes Problem handelt; b) die Voraussetzungen dazu schaffen, daß Bestimmungen zur Verhinderung von sexueller Belästigung in Kollektivverträge aufgenommen werden;

c) auf ein angemessenes Verfahren zur Regelung von Fällen sexueller Belästigung

drängen, das mindestens folgende fünf Schritte umfaßt:

1. Ausbildung/Sachkenntnis/Information.
2. ein spezifisches Gremium zur Untersuchung von Beschwerden und zur Beratung.
3. ein informelles, nicht bedrohliches Vermittlungssystem.
4. eine Infrastruktur zur Rehabilitation der Opfer.
5. klare Vorschriften über Strafmaßnahmen bei Mißachtung der Bestimmungen.

Neu im Vorwärts-Shop

Gleiche Rechte!



**Uns reicht's -
Wir schlagen zurück!**

**Das Frauenprogramm der
SOZIALISTISCHEN OFFENSIVE
VORWÄRTS**



Die neue SOV-Frauenbroschüre mit folgenden Schwerpunkten:

- ★ Das Frauenbild in der Gesellschaft
- ★ Erwerbsarbeit
- ★ Sozialabbau trifft vor allem Frauen
- ★ Gewalt gegen Frauen
- ★ Sexualität
- ★ Rassismus - Opfer und Täterinnen
- ★ Frau international
- ★ Wir schlagen zurück

**Sofort im SOV - Büro anrufen und bestellen:
01/ 524 63 10
für nur ÖS 35,-**

Fortsetzung "Nein bleibt Nein" Seite 24
Vergangenheit angehören. Das Bewußtsein, nicht alleine zu sein, ist ein erster Schritt, sich die Belästigung nicht mehr bieten zu lassen.



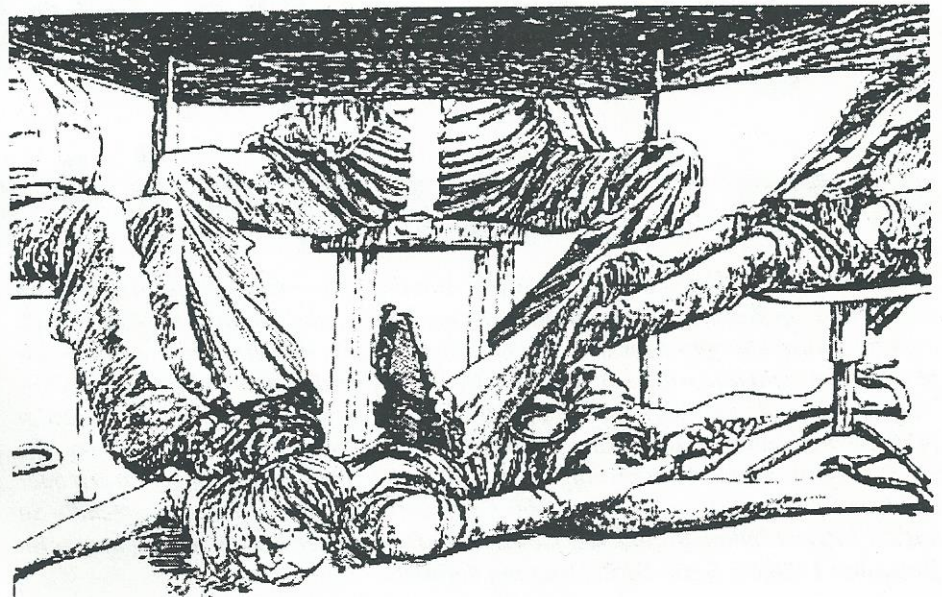
*Wie verhält
sich frau am besten!*

Oft ist es so, daß die Unverschämtheit des Belästigers seinem Opfer quasi die Sprache verschlägt. Rund die Hälfte der Betroffenen versuchen, die unerwünschte Berührung zu ignorieren. Dies fordert jedoch eine Wiederholung des Vorfalls geradezu heraus. Fast genauso viele versuchen, ihrem Belästiger aus dem Weg zu gehen. Doch defensives Verhalten hat nur selten Erfolg. Im Gegensatz dazu ist es oft erfolgversprechend, den Belästiger zu Rede zu stellen oder ihm anzudrohen, anderen vom Vorfall zu erzählen. Viele Frauen halten auch körperliche Gegenwehr oder eine spontane Ohrfeige für sinnvoll. Die beste Taktik ist zweifellos die Beschwerde, vorausgesetzt, die Betriebsleitung bzw. BetriebsrätInnen oder PersonalvertreterInnen nehmen sie auch ernst.

Besonders ältere Jahrgänge neigen dazu, schwache Abwehrsignale zu ignorieren. Deshalb muß die betroffene Frau unmißverständlich klarmachen: "Ein Nein ist und bleibt ein Nein!" Eine Möglichkeit, ein klares "Nein" zu lernen, sind Selbstbehauptungskurse für Frauen. Auch wenn Frauen nur allzuoft erfahren müssen, daß das Recht wie immer auf der Seite der Mächtigen, in diesem Fall der Männer, steht, sollte dies kein Grund sein, von vornherein den Rechtsweg und die juristische Auseinandersetzung abzulehnen, da der Rechtsweg meist die einzige Möglichkeit ist, ein Gegengewicht zu der Macht der Belästiger herzustellen. Inzwischen gibt es einen beträchtlichen Frauenanteil bei AnwältInnen, den gewerkschaftlichen Rechtsschutzstellen und in den Betriebsräten und Personalvertretungen. Hinzu kommen Gleichbehandlungsbeauftragte und Kontaktfrauen im öffentlichen Dienst, gewerkschaftliche FunktionärInnen und unabhängige Frauenberatungsstellen (z.B. Notruf für vergewaltigte Frauen). Im Strafrecht, Arbeitsvertragsrecht, Arbeitnehmerschutzrecht, Arbeitsverfassungsgesetz, Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetz und im Berufsausbildungsgesetz finden sich anwendbare Passagen, ausdrücklich

wird im Gleichbehandlungsgesetz und im Bundesgesetz über die Gleichbehandlung von Frauen und Männern und Förderung von Frauen im Bereich des Bundes auf die sexuelle Belästigung Bezug genommen: Nach diesen beiden Gesetzen haben die Betroffenen Schadenersatzansprüche gegenüber dem Belästiger und, falls der Arbeitgeber keine angemessene Abhilfe schafft, auch gegenüber diesem. Auch die Belästigung durch Dritte (zum Beispiel Kunden) ist hier erfaßt.

Durch das Gleichbehandlungsgesetz 1993 wurden in beiden Gesetzen eindeutige Handhaben geschaffen. Betriebsrat und Personalvertretung kommt in diesem Zusammenhang natürlich in erster Linie die Aufgabe zu, die betroffenen Frauen juristisch und moralisch zu unterstützen. Gleichzeitig müssen sie jedoch auch wich-



tige Aufklärungsarbeit leisten. Sie können das Thema der sexuellen Belästigung auf die Tagesordnung von Betriebs- bzw. Dienststellenversammlungen setzen, Informationsmaterial aushängen und Fragebogenaktionen im Betrieb durchführen. Noch effizientere Aktionen wäre natürlich im Rahmen von Gewerkschaftsgremien möglich, wenn dies nicht allzuoft durch die Ignoranz vieler Männer vereitelt würde.

**Männlich Hierarchien
müssen aufgebrochen
werden!**



Daher könnte wesentlich mehr gegen sexuelle Übergriffe getan werden, wenn mehr

Frauen bedeutende Positionen sowohl im Betrieb als auch in den Gewerkschaften innehätten. Männlich geprägte Hierarchien im Betrieb und vor allem im öffentlichen Dienst fördern es, daß Frauen zu Opfern werden. Von "oben" nach "unten" fallen die Übergriffe wesentlich häufiger und viel handgreiflicher aus, als dies auf gleicher Ebene oder von "unten" nach "oben" der Fall ist.



lich häufiger und viel handgreiflicher aus, als dies auf gleicher Ebene oder von "unten" nach "oben" der Fall ist.

Kampf für Gleichberechtigung!

In Gewerkschaften, Personalvertretungen und Betriebsräten fördert ein hoher Frauenanteil das Verständnis für die Betroffenen und damit die Durchführung und Effizienz von Aktionen gegen sexuelle Belästigung. Auch die allgemein schlechte Situation der

Frauen in der Arbeitswelt ist für die Häufigkeit sexueller Übergriffe verantwortlich. Die Diskriminierung der Frau im allgemeinen, auf dem Arbeitsmarkt im speziellen, beeinträchtigt ihr Selbstbewußtsein und bedingt die ungünstige Position, in der sich Frauen oft befinden, da sie verständlicherweise auch auf ihren Arbeitsplatz angewiesen sind.



Daher kann der Kampf gegen sexuelle Übergriffe nur mit dem Kampf um die Gleichberechtigung der Frau in Gesellschaft und Arbeitswelt Hand in Hand gehen! ■

Preis: 25 Schilling / 3,50 DM
Solidaritätspreis: 35 Schilling

DIE EINHEIT

Gegenwehr ★ Solidarität ★ Sozialismus



Gewerkschaftszeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts Frühling 97 / Nr. 6

Nein bleibt nein! Gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz

"Sexuelle Belästigung - das sind sexuelle Annäherungsversuche jeder Art in Form von Gesten, Äußerungen, jeder unerwünschte körperliche Kontakt, explizit sexuell abfällige Anspielungen oder sexistische Bemerkungen, die wiederholt am Arbeitsplatz vorgebracht und von der Person, an die sie sich richten, als beleidigend empfunden werden und zur Folge haben, daß diese sich bedroht, erniedrigt oder belästigt fühlt. Sexuell belästigend sind auch Anspielungen und sexistische Bemerkungen, die die Frauen in ihrer Arbeitsleistung beeinträchtigen, ihre Einstellung gefährden oder am Arbeitsplatz eine unangenehme oder einschüchternde Atmosphäre schaffen." - So hat der Internationale Bund freier Gewerkschaften in einer Entschließung bereits im Dezember 1986 die Sexuelle Belästigung definiert.

von Ulrike Sefelin
SOV-Frauen-Stammtisch

Beinahe jede Frau hat bereits derartige Erfahrungen gemacht: Der Klaps auf den Po, der Blick auf den Ausschnitt, anzügliche Bemerkungen, pornographische Poster auf dem Arbeitsplatz, Witze, die Frauen bloßstellen: All das zählt zu den sexuellen bergriffen am Arbeitsplatz.

Die sexuelle Belästigung hat nichts mit dem Flirt auf dem Arbeitsplatz zu tun, sie passiert für eine der beiden Seiten unfreiwillig. Sie ist eine Form der sexuellen Gewalt und des Mißbrauchs von Frauen. Sie bedeutet psychische und physische Gewalt. Der Belästiger demonstriert durch sie seine Macht und verletzt sein Opfer zu tiefst.

Nach einer sterreichischen Erhebung haben 81 Prozent der berufstätigen Frauen bereits sexuelle Übergriffe von Männern an ihrem Arbeitsplatz erfahren. Die Täter sind zumeist "ganz normale Männern". Der Belästiger ist oft über zwanzig Jahre älter als sein Opfer und meist schon seit vielen Jahren im Betrieb beschäftigt.

38 % der Belästiger kommen aus dem unmittelbaren Kollegenkreis - davon ist jeder 5. der Vorgesetzte!

Dieser Umstand erschwert natürlich die Gegenwehr der Opfer. Nach der erwähnten Studie gehören 38 % aller Belästiger zum Kollegenkreis. Etwa jeder fünfte ist der Chef. Gemessen an ihrer Gesamtzahl ist der Anteil der Vorgesetzten somit überrepräsentiert, d.h. daß der Belästiger oft ein be-

stehendes Abhängigkeitsverhältnis ausnutzt. Männern, die dazu neigen, Übergriffe zu begehen, tun das verbal oder körperlich eher in Situationen, in denen ihr Gegenüber eigentlich auf Unterstützung angewiesen wäre, zum Beispiel wenn sich die Frau erst in Ausbildung befindet, wenn sie gerade eine neue Stelle angetreten hat oder in einem befristeten oder ungesicherten Arbeitsverhältnis steht. Die Tatsache, daß eine Frau auf einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz angewiesen ist, wird von ihrer Umgebung sehr wohl registriert.

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist kein Einmaldelikt

Ein Drittel der Befragten Frauen erlebten sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz alle paar Tage, 41 Prozent sagten, daß es sich einmal im Monat ereigne, 2,6 Prozent der Frauen gaben an, daß es jeden Tag geschehe. Belästigung ist kein Einmaldelikt. Viele Frauen erleben solche Übergriffe immer wieder. Wie kann eine Frau sich gegen sexuelle Übergriffe wehren?

Viele Frauen glauben, mit niemandem über ihre Belästigung reden zu können. Das Gefühl "Das passiert nur mir", muß der
Fortsetzung auf Seite 23